Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH   NR. 196   24. SEPTEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Seite 1: Zensur - Nein Danke / Demonstration gegen das AKW Rehling am 2. Oktober / Prozeß wegen politischer Plakate / Dokumentation über JVA Vierlande / Dokumentation zum Münzerhaus Schwarzer Alltag 2 erschienen / Richtigstellung

frankfurt	hausmitteilung	1
göttingen	mescalero no. 3: SCHLEYER — kein nachruf!	2
westberlin	erklärung gefangener aus der „bewegung 2. juni"	4
bonn	staatliche zensur	4
beerfelden	hausdurchsuchung - eine von vielen	5
frankfurt	brandanschlag gegen besetztes haus	5
bielefeld	polizeiterror in bielefeld	5
wuppertal	prozeß gegen wuppertaler volksblatt	6
köln	auf der anklagebank: die informationsfreiheit	7
nürnberg	sicherheitsverwahrung angedroht	8
köln	roland otto wird am 7. oktober ENTLASSEN	8
göttingen	stromzahlungsboykott	9
freiburg	katastrophenplan fessenheim: haft für umweltschützer?	9
köln	interatom-betriebsrat wirbt für kernenergie	10
bochum	unsere rechte bei krankheitskündigung	10
frankfurt	neues von der lehrerfront	11
speyer	soldaten unter kontrolle	11
bologna	massen-rendevous	12
barsebäck	20.000 gegen das AKW	13
luanda	angola - gegen eine neue dolchstoßlegende - teil 1	13
luxemburg	jugendfest	15

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267



M. B. – „Die Würde des Menschen ist unantastbar." (Artikel 1, Grundgesetz). Nein, das ist keine Hetzkarikatur aus der Neo-Nazi-Postille „National-Zeitung". Hier schickte die „FAZ" ihren H. E. Köhler auf den faschistischen Strich, den er schon zu Nazi-Zeiten so exzellent beherrschte wie sein Kollege Hicks von der „Welt". Was uns da entgegenglotzt, ist die Fratze eines Untermenschen; einer, der längst schon auf dem Rückweg zum Affen ist (und halte dem keiner die „Visage von Schleyer" entgegen: Dessen Gesichtslandschaft hat der sich selbst auf dem Paukboden und bei SS-Einsatzübungen gezeichnet). Hier haben wir das Abbild des Untermenschen, des „Menschentieres", wie es bei Strauß und bei Himmler hieß. Dieser neue Untermensch ist von der Gattung „Sympathisant" und wohnt im Sumpf. Er hat viele Namen: Wahrscheinlich auch Ihren (auch wenn Sie mit dem gefährlichen „Mescalero"-Frohsinn nichts zu tun haben). Schauen Sie sich diese Fratze genau an: Das ist genau das Bild, das die schwarzbraune Reaktion auch von Ihnen zeichnet. Das könnte man mit Ihnen nicht machen, glauben Sie. So sehen Sie aus – und so werden Sie aussehen, genau so. Es wird höchste Zeit, aus dem hilflosen Beteuerungs- und Distanzierungsverhalten herauszukommen, heraus aus dem Sumpf, in den man uns treiben will. Unser Antifaschismus darf nicht hilflos ohnmächtig bleiben.

aus: berliner EXTRA-dienst.

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

Einzelverkaufspreis: 1 Mark 50 icl.5,5%MwSt

KEINE ZENSUR IN FRANKFURT – UND AUCH NICHT ANDERSWO

FRANKFURT 21.September Zensur–Nein Danke! Wir wollen parallell zur Frankfurter Buchmesse (11. – 15.10.) einige Veranstaltungen gegen die Zensur/Selbstzensur, gegen das Verbot zu lachen und sich zu freuen in unserem ach so freien Land machen. Theater/Musik/Video/Filmgruppen, die sich daran beteiligen wollen, sollen sich bei uns melden.

Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr.11; 6ooo Frankfurt/M Tel. 0611 / 77 88 03 (i.A. der Projekte des Verbands linker Buchhändler in Frankfurt)

DEMONSTRATION GEGEN DAS AKW REHLING AM 2.OKTOBER

AUGSBURG 20.September „Am Samstag, den 2.10.77 um 14.00 Uhr findet vom Plärrer-Gelände (10 Minuten vom Augsburger Bahnhof entfernt) ab eine Auto- und Fahrraddemonstration statt, gegen das geplante AKW in Rehling 12 km von Augsburg entfernt. Die Route der Auto-Demo ist etwa 55 km lang, die der Fahrrad-Demo etwa 25 km.

Unterstützung wird von den Bauern mit Traktoren erwartet, ist aber nicht sicher. Verantwortlich und Veranstalter ist die BI gegen Atomanlagen Augsburg, eine von mehreren BI's in und um Augsburg. In ein paar Tagen ist es sicher, daß/ob der Koordinationsausschuß der BI's gegen das AKW Rehling auch zu der Demonstration aufruft.
Kein Atomkraftwerk in Rehling und auch sonst nirgendwo!
Bürgerinitiative gegen Atomanlagen •



FRANKFURT Am Mo. den 3.10.77 beginnen 2 Prozeße gegen Klaus Scholz wegen „Beleidigung" im Zusammenhang mit den 3 Müller-Plakaten
1. Müller nackt
2. Müller Gangster
3. Die Unterdrückung hat Name, Anschrift und Gesicht

und wegen eines Buback-Nachrufs „Wir trauern um ein großes Schwein".

3.10.77 Mo 13 Uhr Gerichtsgebäude A Stock 2 Raum 254

DOKUMENTATION ÜBER JVA VIERLANDE

Die Bergedorfer Initiative für Gefangenenarbeit hat mit Unterstützung der Hamburger Gefangenenselbstinitiative und der Gefangenen der JVA Vierlande eine Dokumentation über die Mißstände in diesem Knast und den Kampf der Gefangenen dagegen herausgegeben. Die Dokumentation kostet DM 2,- plus Rückporto und ist zu beziehen über:

Gefangenenselbstinitiative
c/o Medienzentrum Fuhlsbüttel
Fuhlsbüttler Damm 93
2 Hamburg 63

DOKUMENTATION ZUM MÜNZER-HAUS

HANNOVER 20. September Das LKA (Landeskirchenamt) hat im Sommer unser Kommunikationszentrum verriegelt (ID 181). Wir haben das Haus wiedereröffnet, das LKA mußte geschlossen werden, der Konflikt zieht seine Kreise. Alles - mit vielen Bildern - in der Dokumentation nachzulesen. Bestellen bei:

ESG Hannover
c/o M. Menge,
Lärchenstr. 7
3 Hannover

Solidaritätspreis DM 3,--

SCHWARZER ALLTAG 2 ERSCHIENEN

MARBURG 20.September Anfang September ist die Nummer 2 des ‚Schwarzen Alltag' erschienen. Wichtige Themen sind: „Gegen widerrechtliche Knastzensur", mehrere Beiträge zum Thema Folter in der BRD, „Knastalltag im Schließfachvollzug und außerdem der Hunger- und Durststreik.
Der ‚Schwarze Alltag' umfaßt 56 Seiten und kostet 2,50 DM (wenn möglich) plus -,7o Porto. Überweist das Geld bitte an: Theo Bruns, Postscheckamt Frankfurt Nr. 475 45 - 604.
Bestellen kann man den ‚Schwarzen Alltag' über:
Schwarze Hilfe c/o Rolf Löchel; Postfach 1668,355 Marburg.

Übrigens: bestellt bitte keine ‚Dokumenation – zum Tode Ulrike Meinhofs' mehr. Die sind nämlich alle.

ID VERÖFFENTLICHT FALSCHE ADRESSEN !!

Die richtigen:

Gefangenengruppe Nürnberg
Humboldtstr. 88
83OO Nürnberg
Tel.: 44 46 24

und

Knastgruppe Aachen
c/o babula
z.Hd. S. Kreutz
Pontstr. 133
51OO Aachen

HAUSMITTEILUNG

1. In der letzten Woche wurden an den ID öffentlich und auch individuell Forderungen gestellt derart, „ gerade in dieser Situation " als Medium, das unterbliebene Nachrichten verbreitet, jetzt mal loszulegen, weil augenblicklich wohl genug unterbleibt. Diese Erwartungen oder auch Hoffnungen - so verständlich sie sind - verkennen unsere Möglichkeiten und Arbeitsweise.

   Zum einen: Während die Bundesregierung und die staatlichen Apparate eine Nachrichtensperre „verhängen" und sich die Medien dem beugen fließen uns durchaus keine „heißen" Meldungen zu.

   Zum anderen: Unsere Arbeitsfähigkeit steht und fällt mit dem Zustand einer breiten linken Bewegung. Diese aber befindet sich augenblicklich in einer ihrer schwersten Krisen. In einer solchen Situation können wir nicht glänzen.

   Diese Krise bedeutet nämlich in ihren Auswirkungen für uns, daß die Zahl der eingehenden Meldungen deutlich zurückgegangen ist (selbst über die zahlreichen Hausdurchsuchungen, Fahndungen etc, kamen faktisch keine Berichte), daß die Zahl der ansonsten zahlreichen Informanten und Berichterstatter - ohne die auf die Dauer keine Arbeit möglich ist - auf wenige geschrumpft ist, so muß doch ganz klar gemacht werden, daß die Grundlage des ID die Leser und Aktivisten innerhalb der Basisbewegung sind, daß wir, wenn die Basis schweigt, nicht anfangen Berichte selber zu schreiben.

   Das heißt keineswegs, daß uns der Mut verlassen hat oder, daß wir diese Situation einfach hinnehmen werden. Wir fordern alle auf, die im ID mehr als einen Zeitungsersatz sehen, die augenblickliche Entwicklung nicht schweigend und passiv hinzunehmen, sondern die Diskussionen und die geringsten konkreten Maßnahmen zur Abwendung von Repression und bevorstehender Angriffe mitzuteilen.

2. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Prozeß gegen die „Wat Löppt" (siehe Bericht in diesem ID) Wuppertal, ist es sinnvoll, an die Funktion des Solidaritätsfonds zu erinnern. Der Fond soll in Not geratene Projekte kurzfristig finanziell unterstützen. Das kann allerdings nur geschehen, wenn genügend Geld vorhanden ist. Der derzeitige Kontostand beträgt DM 4808. Auf dem letzten Treffen der Alternativpresse im April, wurde beschlossen, den Fond auf DM 5000,- Mindestreserve aufzustocken, um über eine ausreichende Sicherheit für Notfälle zu verfügen, und um mit den darüber hinaus vorhandenen Geldern gemeinsame Projekte zu finanzieren (Plakate, Broschüren, Feste siehe ID 175). In der derzeitigen Lage - Nachdrucke von Nachrufen, Wat Löppt Artikel, und evtl. weiteren Ereignissen - ist es absehbar, daß der Solidaritätsfond erstmal in Kraft treten wird. Daher nochmal der Aufruf: zahlt Geld auf das Konto ein und versucht, in euren Zeitungen und anderswo auf die Existenz und Notwendigkeit des Fonds aufmerksam zu machen.

   Thomas Meusert
   Zeitungssolidaritätsfond
   6000 Frankfurt 50
   Postscheckkonto: 3321 90-604

3. Zur Zeit erhalten etwa 1300 ID-Abonnenten keinen ID, da sie nicht ausreichend gezahlt haben. Wir bitten alle, die am weiteren Bezug interessiert sind, rechtzeitig Geld auf unser Postscheckkonto zu überweisen. Gebt bitte auf den Überweisungen eure Abo-Nummer an. Ihr findet sie auf der Adreßetikette links oben.

MESCALERO NO. 3
SCHLEYER – KEIN NACHRUF !

Dies ist das vielzitierte Mescalero-Flugblatt aus Göttingen:

GÖTTINGEN
10. September

„Gottseidank auch. Wir wollen es anderen überlassen, Wiederholungen zu produzieren. Lauthals widerkäuen Staatsdiener und ihre bestallten Schreiber in den Redaktionsstuben seit Buback und dem Nachruf das Immergleiche in den immergleichen Varianten: von unserer (der geistigen Sympathisanten) direkter Mitschuld an der Schleyer-Entführung (z.B. Rhein.Merkur) bis hin zu unserer direkten Mitverantwortung (z.B. Zeit). Die Penetranz dieser Wiederholungen wetteifert mit der Vergeblichkeit der strategischen Spekulationen, in denen sie dann regelmäßig enden: wie denn dieser verruchte Sympathisantensumpf endlich mit Stumpf und Stil auszurotten sei. Darauf kennen wir eine Antwort: dieses Unterfangen ist nicht durchführbar, denn diese Reden erschrecken uns nicht und bringen uns nicht zum Schweigen. Je lauter ihr zetert,desto kraftloser werden eure Worte. Sie wirken nur mehr wie Schrauben, die man immer noch ein wenig fester anziehen möchte und die doch schliesslich überhaupt nichts mehr halten. Und ganz ähnlich drehen sich wie irre die Gedankengänge der Herren Politiker und Meinungsproduzenten im Gewinde ihrer Unfähigkeit, auch nur einen Zipfel von der Krise jenes Legitimationsgefüges zu erfassen, das sie mit solcher Vehemenz verteidigen. Alle ihre Reden reduzieren sich letztlich nur noch auf das dürre Gerippe der Arroganz der Macht und ihrer Apparate. Und wie sich ihre Rede auf dieses Machtgefüge reduziert, so werden auch ihre Zeitangaben immer unpräziser: keiner weiss mehr so recht, ob es nun fünf vor oder nach zwölf ist oder gerade erst zwölf und wer da überhaupt auf die Uhr schaut.

Dieses Mal also kein Wort über unsere unmittelbaren Reaktionen - nur soviel: wir haben die Tatmeldung in einer Gastwirtschaft empfangen und wir haben nach Empfang der Meldung keinen Anlaß gesehen, aufzustehen und unsere Positionen zu verändern; dem Buback-Nachruf ist also in seinen wesentlichen Aussagen nichts hinzuzufügen. Aus einem ähnlichen Grund verzichten wir auch auf die unter Linken üblichen Litaneien, Distanzierungen, Kritiken, die jetzt wieder wie eine Flut über uns hereinbrechen; auch dort Wiederholungen: das alles dient - wie immer - nur zum Vorwand, die Repression zu verschärfen, das alles sind - wie immer - wildgewordene Kleinbürger und dienen der Rechten. Wir verzichten auf derartige Erklärungen, die nun schon bald hundert Jahre alt sind und immer so geschrieben scheinen, als würden sie von dem jeweiligen Ereignis, auf das sie sich beziehen wollen, nicht berührt. Dies aber ist die Voraussetzung dafür, daß eine linke Rede über das Ereignis und eine linke Kritik daran (und nur von der Linken selbst kann dieses Ereignis glaubwürdig kritisiert werden) nicht zum Ritual verkommt. Deswegen werden wir nicht wie viele andere wechselseitig die Humanität oder die Arbeiterbewegung beschwören, sondern darauf beharren, daß das zur Rede stehende Ereignis eben nicht nur aus der Tat selbst besteht, sondern eben auch aus der beinahe operettenhaften Inszenierung eines Höllenspektakels, das der Tat folgte und dieser in keiner Beziehung nachsteht.

Ganz im Unterschied zu so mancher bürgerlichen Analyse, befindet sich die Rede der Linken in einer begrifflichen Erstarrung. Die Politik des bewaffneten Kampfes als Produkt einer neuen, spezifischen gesellschaftlichen Realität bleibt aus der eigenen Reflexion ebenso ausgegrenzt wie die Analyse der die Politik des bewaffneten Kampfes hervorbringenden Machtverhältnisse. Es ist einfacher, sich auf die argumentativ-legitimatorische Ebene der Verurteilung von Mord und Terror als Mittel zur Durchsetzung politischer Vorstellungen zurückzu-

ziehen und einer bürgerlichen Öffentlichkeit zu beteuern, diese Mittel abzulehnen. Dabei käme es darauf an, genau das komplementäre Verhältnis der Politik des bewaffneten Kampfes und der Brutalität und des Zynismus der herrschenden Machtapparate aufzuzeigen. Ausserdem wird unterschwellig ein Konsens hergestellt, der Staatsfeindschaft insgesamt und prinzipiell ausschliesst, weil sie bisher von der Öffentlichkeit beinahe ausschliesslich in Form der Stadtguerilla zwecks allgemeiner Distanzierung präsentiert wurde.

Der Druck der Zensur, die faktische Nichtexistenz von Meinungs- und Diskussionsfreiheit und die allgemeine und allgegenwärtige Repression des Modells Deutschland tragen ein übriges bei zur Tabuisierung bestimmter Felder der Diskussion und tragen auch dazu bei, neue Felder der Auseinandersetzung im Schatten zu lassen, neue Frage- und Problemstellungen, die sich aus der Veränderung und Perfektionierung der Macht-, Herrschafts- und Kontrollapparate ergeben garnicht erst zu denken, geschweige denn zuzulassen

Das eigentliche Ereignis, das vor unseren Augen abläuft, ist neben der Tat selbst die Aktivität und Bewegung der Apparate und Maschinen, die diese Tat ohne weiteres aufnehmen und sie auf anderer Ebene fortsetzen. Es hat den Anschein, als führten die bewaffneten Kommandos einen unerbittlichen Krieg gegen diese Apparate, gegen das BKA, gegen Sonderabteilungen, Bundesanwaltschaften und Innenministerien. Und es hat den Anschein, als reagierten die Herrschenden auf diese Kriegserklärung mit einem Ausbau ihrer „Sicherheitsorgane", mit einer Verschärfung ihrer Repression und diese Muster von Aktion und Reaktion liegen den meisten Denkansätzen auch der Linken und den ihnen folgenden Kritiken und Distanzierungen auch zugrunde. Was aber, wenn man einmal für einen Moment den Krieg der bewaffneten Kommandos und die „Abwehr" der Sicherheitsorgane als einander ähnliche, ja komplementäre Teile ein und derselben Maschinerie, ein und derselben Bewegung betrachtet? Was, wenn man für einen Moment die Perspektive umkehrt und nicht den Machtapparat der Herrschenden, der sich jetzt wieder mit einem infernalischen Getöse artikuliert als Resultat des bewaffneten Kampfes betrachtet, sondern als eine riesige Kriegsmaschine, die die äußere und innere Kolonisation überwacht - und die den sogenannten Terrorismus als eines ihrer Produkte ausscheidet?

Die verfeinerten Techniken des Überwachens nach Innen können im Vorfeld der Kontrolle nahezu unscheinbar agieren - offene Konfrontation wird ins Hinterfeld verlegt. Sorgfältig angelegte Akten, die möglichst jeden Bürger als potentiellen Delinquenten erfassen, und die ständig neuen „Erkenntnisse", mit denen sie überwacht werden, erspart eine Internierung. Internierung vollzieht sich bereits im genormten Alltag des Bürgers. Doch je mehr sich die Kontrolle zusammenzieht, um so erdrückender wird sie. Es scheint, daß dieser Apparat eine beinahe unkontrollierbare Gefrässigkeit entwickelt und daß er - um in seiner ganzen strahlenden Perfektion auch funktions- und lebensfähig zu bleiben - permanent und unweigerlich den ideellen und realen Gesamtterroristen ausscheidet. Und dieser, der sich ausserhalb des Apparates dünkt und ihm ja einen unerbittlichen Krieg erklärt hat, ist doch in Wirklichkeit Funktion des Apparates, Anhängsel der Maschine, zugleich Bestandteil und Produkt.

Dass auch auf anderer Ebene von dieser Produktion etwas abfällt, dürfte nach dem Gesagten klar sein. Das Phänomen „Innere Sicherheit", das die Herrschenden nicht müde werden zu beschwören, ist nicht etwa ein ideologisches Phänomen. So wenig wie etwa die Massenaufmärsche des Dritten Reiches; ähnlich wie diese und von der Funktion her gleich produziert der „Kampf gegen den Terrorismus und seine Sympathisanten" einen beträchtlichen Teil des sozialen Kitts, der diese morbide Bourgeoisdemokratie zusammenhalten soll. Und schliesslich taucht als düstere Vision am Horizont 1984 auf: eine Gesellschaft der perfekten Überwachung und Kontrolle, die nur einige ritualisierte Bewegungen zwischen Stadtknästen, in die sich die Architektur Stammheims eingezeichnet hat, als Fabriken bezeichnete Zwangsarbeitslagern und dem Konsum standardisierter Wohlstandswaren erlaubt. Und vielleicht gibt es inmitten dieser Kasernenhofgesellschaft dann noch immer ein paar erratische Zuckungen, die sich als bewaffneter Kampf deklarieren und die doch nur Teil des Spektakels sind, das zu bekämpfen sie vorgeben.

EIN WORT AN HERRN SCHLEYER

Wir hoffen, daß sie noch am Leben sind und am Leben bleiben werden und dass ihre Freunde in der Regierung und in den Krisenstäben sie nicht als Charaktermaske opfern werden; in dem Moment, wo wir diesen Text schreiben, sieht es ganz so aus, als seien ihre Freunde der Ansicht, dass sie ersetzbar seien und dass sie bereit sind, sie ihrem Staatskalkül zu opfern. Wir haben auf diese Entscheidung keinen Einfluss;leider, denn wir gehen davon aus, dass Menschenleben prinzipiell und immer unersetzbar sind. Wir haben nichts dafür übrig, daß sie in eine Lage gebracht wurden, wo die Alternative nur darin zu bestehen scheint, zu ihrem schäbigen Leben zurückzukehren oder einen schäbigen Tod zu sterben.

.....

DIE FORDERUNGEN DER BUF–MESCALEROS

Nach all dem Gesagten ist es notwendig, daß wir nunmehr unsere Forderungen präsentieren, um die wir in den nächsten Wochen und Monaten kämpfen werden:

1.) Wir fordern nachdrücklich, alle grossen und kleinen Krisenstäbe unverzüglich mit BUF-Mescaleros und Angehörigen anderer Stämme zu besetzen und zwar ausschliesslich oder - wo dies noch nicht sofort möglich ist - doch zumindest paritätisch.

2.) Die wichtigen Abteilungen des BKA, der Bundesanwaltschaft und anderer Sondereinheiten zur Bekämpfung des Terrorismus sind unverzüglich mit BUF–Mescaleros und Angehörigen anderer Stämme besetzt. Diese garantieren, dass sie innerhalb kürzester Zeit diese Apparate zuschande reiten werden, so wie sie es vorher schon mit anderen gemacht haben, in denen sie sassen.

3.) Die Gefangenen werden amnestiert. Die Gefängnisse werden in Schulen umgewandelt, damit die Kinder schon früh lernen, beides zu hassen.

4.) Erich Fried soll Chefredakteur der FAZ werden und die Herren Fest, Fromme und Reißmüller werden seine Eleven und sollen ihm seine Bleistifte spitzen und sein Büro in Ordnung halten. Für sie und andere Journalisten wird der neue Chefredakteur der FAZ Kurse abhalten, in denen sie richtes Lesen, aufrichtes Denken und kluges Schreiben lernen können.

5.) Diese Forderungen sind unverzüglich zu erfüllen. Spätestens jedoch bis zum nächsten Montag um 12 Uhr. Sollten sie bis dahin nicht erfüllt sein, werden wir irgendeine Stelle in der BRD mit Lollies bewerfen.

KRISENSTÄBE – MAGISCHE STÄBE

Auch in der vergangenen Nacht tagte wieder der grosse Krisenstab im Bundeskanzleramt. Bundeskanzler Schmidt hatte neben den Innenministern aller Länder und verdienten Würdenträgern auch einen tibetanischen Gesundbeter zu den Beratungen hinzugezogen. Nach Beendigung der Sitzung in den frühen

Morgenstunden stellte unser Sonderkorrespondent Friedrich Nowattnik an Schmidt die ebenso mutige wie präzise Frage: „Herr Bundeskanzler, gibt es irgendwelche neuen Informationen? " Der Kanzler gab jedoch zu erkennen, dass man absolutes Stillschweigen über Verlauf und Ergebnis der nächtlichen Sitzung vereinbart habe. Aus gew"hnlich gut unterrichteten Kreisen war zu erfahren, daß sich die Herren zu mitternächtlicher Stunde einem allgemeinen Tischerücken und der Anrufung eines kompetenten spiritistischen Mediums hingegeben hätten. Eine offizielle Bestätigung für diese Nachricht lag jedoch in den frühen Morgenstunden ebensowenig vor wie ein Dementi. Einer halbamtlichen Verlautbarung zufolge, die sich auf eine bisher von offizieller Seite nicht dementierte Meldung aus inoffiziellen Quellen stützt, war jedoch bereits gestern abend im Bundeskanzleramt ein elektronischer Wecker angebracht und präzise auf die mitternächtliche Stunde eingestellt worden."

ERKLÄRUNG GEFANGENER AUS DER „BEWEGUNG 2. JUNI"

BERLIN 12.September *Erklärung unterschrieben mit „für die Gefangenen aus der ‚Bewegung 2.Juni' vom 12.September aus Berlin-Moabit:*

„Spätestens seit Buback, noch deutlicher seit Ponto und jetzt Schleyer ist der Status der politischen Gefangenen in den Haftanstalten, der von Geiseln!

Seit einer Woche wird ‚unter Behauptung des Normalzustand' ein bislang noch nicht dagewesener Isolations- und Informationssperrenterror gegen uns hier drin praktiziert: Anwaltsbesuchssperre, Zellenrazzia, Radio- und Zeitungsentzug, Post- und Besuchssperre — außerkrafttreten aller richterlichen Beschlüsse per Anordnung.

Es gibt keine Legitimation für die Staatsschutzjustiz außer das Kriegsrecht des ‚übergesetzlichen Notstand'; das alte faschistische Ermächtigungsgesetz im Kostüm des ‚freiheitlichen Rechtsstaat'.

Im Zuge der forcierten Counterinsurgency ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Staatsschutzstaat dazu übergeht, zu der seit Jahren praktizierten Isolationsfolter und Vernichtungshaft an den ihm ausgelieferten politischen Gefangenen, jetzt das Mittel der physischen Folter — wie gegen uns 21./22.5. bereits erprobt — systematisch anzuwenden. Das, mit der irren Erwartung, so gefolterte Gefangene könnten „Aussagen" machen, die die Counter-These der Staatsschutzorgane, daß Aktionen der Guerilla „aus den Zellen befohlen und gesteuert werden" beweisen und rechtfertigen sollen. Dreck, ein dreckiges Lügengebilde, nichts sonst.

Nachdem während des letzten Hunger- und Durststreiks offensichtlich wurde, daß die Verantwortlichen die ‚harte Linie' durchziehen wollten, was nach den Anschlägen auf Ponto und die Bundesanwaltschaft den Ankündigungen Rebmanns entsprach, haben wir — um das Mordkalkül nicht zu erleichtern — unseren Hunger- und Durststreik unterbrochen.

In dem Baumann-Interview während des Hungerstreiks im Tagesspiegel vom 28.8.77 redet er, neben dem üblichen gedrexelten Unsinn, Fraktur: gibt er zu, in seinem Wirkungsbereich gibt es Isolationshaft und ‚dabei gibt es auch Ausfälle' — was für Ausfälle? Vier tote Gefangene aus der Guerilla in drei Jahren!

CDU-Lummer, dieser antikommunistische Wichtigtuer, quatscht von ‚Privilegien', die man ‚uns sofort und entschieden entziehen muß.' Soll der uns mal ein ‚Privileg' nachweisen, das Schwein.

Das Kammergericht, als gesamte Institution im Verhältnis zu uns, mit dem Begriff ‚befangen' nur völlig unzureichend definiert, verschärft die Isolation: Staatsschutzrichter Franke, als Rache-Gott für seinen erschossenen Chef, holt zum Rundumschlag aus: sämtliche Bücher, Informationsschriften und Druckerzeugnisse jeder Art außerhalb der bürgerlichen Lumpen-Presse (und die gegenwärtig auch) hat Franke mal grundsätzlich von der Beförderung an uns ausgeschlossen; den für uns und die, die uns besuchen, ohnehin entwürdigenden Besuchs-Modus korrigiert er insoweit, daß er Besucher per Zwei-Zeiler-Beschluß willkürlich und kurzer Hand vom Besuch bei uns ausschließt. Damit übertrifft das Kammergericht in den vier Wochen seit es für uns zuständig ist, die immerhin routinierten BGH-Richter um Längen.

Wir fordern: den Terror des ‚übergesetzlichen Notstand', die völlige Informationssperre und Totalisolation unverzüglich zu beenden.

Die zentrale und berechtigte Forderung der letzten Hungerstreiks nach Aufhebung der Isolationshaft und der Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen zu erfüllen. Zumindest den Beschluß des BGH vom 30.5. sofort zu realisieren:
die medizinische Versorgung und Behandlung zu gewährleisten durch Zulassung externer Ärzte und Zahnärzte, die uns in der Haftanstalt aufsuchen und behandeln können;

eine unabhängige Untersuchungs-Kommission aus den humanitären Verbänden und Organisationen ungehindert zu uns zu lassen, die sich so einen Einblick über unsere Haftbedingungen wie sie tatsächlich sind, verschaffen und darüber berichten und informieren zu können.

Berlin Moabit, den 12.9.77
Für die Gefangenen aus der ‚Bewegung 2.Juni."

STAATLICHE ZENSUR

BONN 18. Sep. *Die Video-Gruppe Stuttgart (A. Benz, Alexanderstr. 104, 7 Stuttgart 1) schreibt:*

"Am 18. September haben wir die ARD-Fernsehsendung „ Schweigen oder Senden" auf Video mitgeschnitten und sind dabei auf die beigelegten Aussagen von Bölling (Regierungssprecher) gestoßen. Wir sind der Ansicht, daß sie 'ne Veröffentlichung lohnen würde, da hier zum 1.Mal (vermutlich zum 1. Mal) offen staatliche Zensur zugegeben wird und zwar nicht nur in Bezug auf Stammheim, sondern eben auch auf Polizeiübergriffe, was im Zusammenhang auch mit der AKW-Bewegung viele Vermutungen bestätigen wird. Übrigens wurde Böllings Aussage in der Sendung von niemandem bestritten geschweige kritisiert. Das Redeprotokoll von Regierungssprecher Bölling:

„ Erlauben Sie aber doch noch eine Bemerkung zu dem Stichwort Desinformation, ... , und auch zu dem Thema, die Bundesregierung versucht, die Medien an die Leine zu legen. Dies hat sie, ... , zu keiner Zeit angestrebt. (....) Aber niemals hat die Regierung versucht, so etwas wie eine Sprachregelung den Medien zu verordnen. Es gab allerdings Augenblicke, Herr Presser, wo die Bundesregierung - und ich kann jetzt nur für die Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt sprechen - wohl versucht hat, den einen oder anderen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus zu bestimmten Positionen zu überreden. Zum Beispiel zu der Zeit, als die Anwälte der äh Stammheimer ihre Plädoyers nicht im Gericht gehalten haben, sondern es vorzogen, vorzogen in einem vornehmen Stuttgarter Hotel zu plädieren und daraus eine richtige Agitation machten, eine Agitation, die überdies, wie Ihnen jeder Fachmann bei der Bekämpfung des Terrorismus bestätigen wird, als Vehikel für die Sympathisanten im engeren Sinne dienen soll.

Da haben wir uns bemüht, Leute zu überzeugen, daß es nicht gut sei, solche Bilder zu bringen, sondern sich womöglich auf Text zu beschränken.

Wir haben dann und wann auch zu bedenken gegeben, im Gespräch mit einzelnen Chefredakteuren, ob es gut sei, die Auseinandersetzung mit der Polizei, den Sicherheitsorganen gelegentlich in einer übertrieben polemischen Weise zu führen und doch bitte zu bedenken, wie ein summarisch kritisches Urteil über die Polizei auf die Polizisten, die einen schweren Dienst zu tun haben, einwirkt. Nämlich in manchen Fällen entmotivierend, wie die Phrase lautet, als entmutigender. Dies alles hätte man auch mit Nachdruck machen können. Wir haben uns darauf beschränkt, mit einzelnen zu reden und nicht unter dem Gesichtspunkt, sie zu einem staats- , und regierungskonformen Verhalten anzuhalten, sondern mit ihnen zu reden und ihnen zu sagen: Im Interesse, nicht des Staates als eines Abstraktums, aber im Interesse der Gesellschaft, der Gemeinschaft wäre es gut, Ihr würdet bestimmte Argumente sorgfältiger wägen."

HAUSDURCHSUCHUNG — EINE VON VIELEN

BEERFELDEN
19.September

„Am 16.9.77 um 15.oo Uhr wurde unser Hof in Olfen/Odenwald von'ner halben Hundertschaft ziviler und uniformierter Polizisten umstellt und durchsucht. Besondere Aufmerksamkeit richteten sie auf einen grauen VW-Bus mit Kölner Kennzeichen, der auf'm Hof stand. Auf die wohl schon überflüssige Frage nach'nem Durchsuchungsbefehl kam die erstaunte Antwort „Gefahr im Verzuge natürlich". Beschlagnahmt wurde, soweit erkennbar, nichts. Alles in allem hatten wir fast das Gefühl, uns bei den Beamten bedanken zu müssen für ihr korrektes Auftreten. Als Begründung für ihr Kommen nannten sie,daß Knut Folkerts in unserem VW-Bus in Mannheim erkannt worden sei. Da wir nichts zu verschleyern hatten, zogen sie nach gewissenhafter Prüfung aller Räumlichkeiten und Örtlichkeiten (auch unser Bienenstand wurde leider erfolglos durchsucht) ab. Für die Dorfbevölkerung (250 Einwohner) war der Einsatz'ne riesen Gaudi, soviel Knarren und Ordnungshüter hatten sie nur aus'm Fernsehn gekannt. Ne Stimmung gegen uns im Dorf zu schüren, ist ihnen bis jetzt noch nicht gelungen. Viele Grüße."

BRANDANSCHLAG GEGEN DIE DREIUNDNEUNZIG

FRANKFURT
16.September

Die Bewohner des besetzten Hauses Bockenheimer Landstraße 93 in Frankfurt teilen mit:

„In der Nacht vom 15.9. zum 16.9. gegen 2,15 Uhr ist gegen das besetzte Haus Bockenheimer Landstr. 93 ein Brandanschlag verübt worden. Im Parterre wurde eine Holztüre mit Benzin übergossen und angesteckt. Durch Zufall ist der entstandene Brand noch rechtzeitig entdeckt worden und konnte gelöscht werden.
Im gesamten Hausflur wurden Parolen an die Wand geschmiert, wie: „Rache für Schleyer", „Die Bürgerpolizei wird Euch noch ausrotten" u.ä. Großem Glück ist es zu verdanken, daß der Mordanschlag auf die im Haus wohnenden 25 Erwachsenen und 3 Kindern nicht zu unvorstellbaren Folgen geführt hat.

Die Hetzkampagne, die in den letzten Wochen von Politikern aller Parteien geführt wird, in Einklang mit Presse, Rundfunk und Fernsehen und mit tatkräftiger Unterstützung der verschiedenen Polizeiorganisationen, gegen alles, was links ist oder scheint, liefert die offiziell anerkannte moralische und politische Rückendeckung für derart mörderische Fantasien faschistischer Bürgerkriegstruppen bzw. deren Taten. Der allgemeine Aufruf zur Ausrottung der linken Bewegung in diesem Land trägt seine ersten Früchte."

POLIZEITERROR IN BIELEFELD

BIELEFELD
September 1977

Und wieder ein Erfahrungsbericht aus der bundesdeutschen Wirklichkeit:

„Am 31.8. durchsuchte die Kripo Bielefeld zwei Wohnungen von Leuten, von denen vermutet wird, daß sie bei der Knastzeitung „Gegenknast" mitmachen. Es wird gegen vier Leute wegen § 353d (Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen) ermittelt. Die Methoden der Polizei stehen in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen. Morgens um 6 Uhr umstellten ca. 20 Bullen, fünf mit MP im Anschlag, die eine Wohnung, stellten dort alles auf den Kopf und nahmen unzählige Gegenstände mit (darunter sieben Ordner Korrespondenz mit Gefangenen, also alles Briefe, die bereits durch die Zensur gegangen sind, Notiz- und Adreßbücher, Plakate, Zeitschriften, einen internationalen Führerschein und vieles mehr).

Aber damit nicht genug. In der Nacht von Montag auf Dienstag (Montag wurde Schleyer entführt) tauchten die Bullen nachts um 2 Uhr wieder auf, fragten nach Alibis (wer eine fortschrittliche Zeitschrift herausgibt, oder von dem dies vermutet wird, könnte ja ein Terrorist sein). Wie uns berichtet wurde, sind in Bielefeld in der gleichen Nacht über zehn andere Wohnungen durchsucht worden, natürlich bei allen ohne Ergebnis.

Aber wer glaubt, der Psychoterror der Bullen ist hier zu Ende, täuscht sich. Tags darauf brachen die Bullen, nachdem sie ziemlich lange vor dem Haus mit MP im Anschlag auf- und abmarschiert waren, in die Wohnung ein und hielten sich dort längere Zeit auf, ohne den Vermieter oder die Mieter informiert zu haben. Sie hinterließen lediglich einen Zettel, daß sie einen Hausschlüssel sichergestellt hätten, den man sich auf dem Präsidium abholen könne (gnädig, was?). Dort wird man dann nebenbei 'gratis' erkennungsdienstlich behandelt ! Außerdem wurden einige Leute des öfteren von zivilen Polizeiautos verfolgt.

Was die Bullen mit diesem Psychoterror erreichen wollen, ist klar:

— 1.) soll die völlig legale, aber unliebsame Gefangenenarbeit einiger Leute verhindert oder gestört werden (Beschlagnahmung der Korrespondenz mit Gefangenen).
— 2.) sollen die, die Knastarbeit machen, massiv eingeschüchtert werden (wer macht schon gern morgens um sechs oder nachts um zwei die Tür auf und bekommt dann eine MP in den Bauch gedrückt).
— 3.)soll die Nachbarschaft durch das massive Polizeiaufgebot (patrouillierende Bullen) darauf aufmerksam gemacht werden, daß da 'Linke' in der Gegend wohnen, die es zu bespitzeln gilt.
— 4.) Außerdem ist es auffällig, daß schon wieder Leute, die sich mit der Situation der Gefangenen in der BRD beschäftigen und die in einer Unterstützungsgruppe des den deutschen Behörden unliebsamen Russel-Tribunals sind, in ihrer Arbeit behindert werden (Beschlagnahme wichtiger Akten und Dokumente über die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der BRD).

„GEGENKNAST", Bielefeld 17.9.77"

"WAT LÖPPT" IN BEDRÄNGNIS

WUPPERTAL 22. September *Gegen das Wuppertaler Volksblatt "Wat Löppt" läuft ab 7. Oktober in Wuppertal ein Prozeß wegen eines Artikels vom September 1976 über Polizeiübergriffe. Die Anklage lautet auf "üble Nachrede und Verleumdung". Wie auf den letzten Treffen der Alternativpresse vereinbart, drucken wir (und hoffentlich nicht nur wir) den Artikel ungekürzt nach.*
Die Redaktion des Volksblattes schreibt:

"Wat Löppt" hat seit einem halben Jahr mit organisatorischen, finanziellen und Schwierigkeiten konzeptioneller Art zu kämpfen. Laufend gehen uns Mitarbeiter flöten, und Unlust, überhaupt noch eine Zeitung zu machen, verbreitet sich in der Redaktion. So kommt es, daß wir euch erst in wirklich allerletzter Minute um Beistand bitten können. Am 7. Oktober läuft hier in Wuppertal der Prozeß gegen "Wat Löppt". Seit einem Jahr wird dieser seitens der Staatsanwaltschaft gegen unsere Zeitung vorbereitet. Anlaß dazu gibt der "Wat Löppt"-Artikel über Polizeiübergriffe von September '76. Die Anklage lautet auf üble Nachrede und Verleumdung.

Die Strategie unserer Rechtsanwälte, grob angedeutet, geht dahin, zu beweisen, daß die im Bericht aufgegriffenen Fälle keine einmaligen Ereignisse seien und damit eine kritische Berichterstattung über Polizei im öffentlichen Interesse läge. Dazu aber müssen wir nun noch eine ganze Reihe von Fällen über Polizei zusammentragen. Daher folgende Bitte an euch:

a) Schickt uns Artikel aus der Tagespresse oder euren Zeitungen, die sich mit Polizei"fehl"-tritten beschäftigen.
b) Schickt uns Material über Prozesse, die gegen die Alternativpresse angestrengt wurden.

Wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, ist das natürlich ganz klar unser Fehler. Auf alle Fälle jedenfalls wird "Wat Löppt" noch Faltblätter zum Prozeß und seinen Verlauf herausbringen, auch wenn dies das letzte sein sollte, was unsere Redaktion noch zustande bringt.
Darum weist auch in euren Zeitungen darauf hin und informiert darüber. Wer als Zuschauer dabei sein möchte, kann dies tun. Für Übernachtungsmöglichkeiten können wir sorgen.
Material an folgende Adresse:

Wolfgang Schiemichen
Steinweg 25
56 Wuppertal 2

Der beanstandete Artikel aus "Wat Löppt", Nr. 6 vom September 1976:

"SCHLÄGER IN UNIFORM ?

Bericht über Polizeiübergriffe in Wuppertal

"In der Begegnung mit dem einzelnen Polizeibeamten entwickelt der Bürger seine Vorstellungen von Polizei. Der Einzelne Polizeibeamte wird als Repräsentant der Polizei begriffen. Sein Verhalten nach außen wird als Spiegelbild des Innenverhältnisses interpretiert."

Polizisten sind Menschen, ohne Zweifel. Menschen sind nicht fehlerfrei. Aber als Beamter einer Behörde, die "öffentliche Gewalt besonders eindrucksvoll sichtbar macht", scheinen sie doch etwas mehr zu sein, etwas ganz besonderes, Götter, die einfach keine Fehler machen und für die wohl manche Gesetze nicht zuzutreffen scheinen. Wer außer Polizisten, kann es sich schon erlauben, andere krankenhausreif zu schlagen, ohne dafür wegen Körperverletzung bestraft zu werden. Wenn da nun die Beamten einer Behörde als besonders gute Staatsbürger bewertet werden, die einfach mehr dürfen und können, die immer mehr Gewalt über ihre Mitbürger erlangen, siehe Polizeigesetz und Todesschuß (über die wir noch berichten werden), ist der Obrigkeitsstaat nicht mehr weit.

Und so müssen ab und zu nicht nur kritische Staatsbürger oder Randgruppen wie Ausländer, Prostituierte, Verbrecher, usw. vor der Polizei Angst haben, sondern jeder, der es irgendwann einmal näher mit der Polizei zu tun bekommt. So wie die Wuppertaler, die die Polizei hautnah kennengelernt haben, so nahe, daß sie blaue Augen und in einem Falle einen Krankenhausaufenthalt davon trugen. Sie sind nämlich von Polizisten aus oft nichtigen Anlässen zusammengeprügelt worden.
Weil sie den Führerschein nicht zeigen wollten. Weil sie mit anderen verwechselt wurden. Weil sie betrunken auf die Polizeiwache kamen und nicht sofort den Mund halten konnten. Nicht zu verstehen ist es, daß Polizeischläger von der Behörde gedeckt zu werden scheinen.

Es ist nicht gerade selten, daß hier in Wuppertal jemand von der Polizei mißhandelt wird. Die Ermittlungen ergeben dann aber meistens, daß niemand etwas sah, oder die Polizisten sich in Notwehr befanden. Denn Merke: DenAussagen mehrerer Beamter steht immer die Einzelaussage des Mißhandelten gegenüber. Werden den Beamten tatsächlich Übergriffe bewiesen, drohen ihnen Disziplinarverfahren, die entweder verschleppt - wie im Fall R. - oder eingestellt werden, wie im Fall G.

"Die Struktur innerhalb der Polizei ist ein wesentlicher Faktor für das Polizeiliche Verhalten."
Die Übergriffe der Polizei sind keine Einzelfälle. Einigen Wuppertaler Rechtsanwälte sind diese Dinge nicht neu und auch der Redaktion sind Fälle bekannt geworden, fünf davon haben wir nachgeprüft und können sie belegen.
Vor allem von den Wachen Oberbarmen und Elberfeld werden Polizeiübergriffe berichtet. So gehören im Falle G. die Streifenbeamten Hopf und Homberg zur Wache Oberbarmen. G. ist Bremsenschlosser, ihm war der Führerschein entzogen worden, aus beruflichen Gründen bekam er ihn zurück. Ihn schlugen diese Beamten im November 1975 zusammen. Er hatte nichts weiter getan, als sich über die Beamten lustig gemacht und den Führerschein nicht aus der Hand gegeben., was sein gutes Recht war. G. schneidet gerade Fleisch für seine Hunde, als die Polizisten auftauchen und seinen Führerschein zu sehen verlangen. Den hatte er vor einigen Stunden erst in Hagen zurückbekommen. So macht G. sich über die "Bullen" lustig, verunsichert sie. Schließlich geht er in den Hauptbau, holt amtlichen Bescheid und Führerschein, die Beamten können beides gut lesen. Die aber wollen den Führerschein in die Hand nehmen, um ihn zu überprüfen. G. hat Angst, der Führerschein würde ihm unter irgendeinem fadenscheinigen Grund wieder entzogen. So gibt er ihn nicht her. Die Beamten schlagen darauf auf ihn ein, so daß sein Kopf blutet, schon unten im Treppenhaus, wie eine Frau später bezeugt. G. knüllt seinen Führerschein zusammen und wehrt sich nicht, läuft das Treppenhaus hinauf. Die Polizei schlagend hinter ihm her. Oben, am Treppengeländer, schneidet ihm das Schlachtermesser vom Hundefutter schneiden, achtlos in die Tasche gesteckt, in den Arm. Er zieht das Messer an der Spitze heraus, ruft: "Das fehlt gerade noch, daß ihr mir einen Mordversuch anhängt," und wirft das Messer weg. Er entkommt blutend und wird abends von zwanzig Polizisten in einer Kneipe gestellt und abgeführt. Die beiden Polizisten hängen ihm einen versuchten

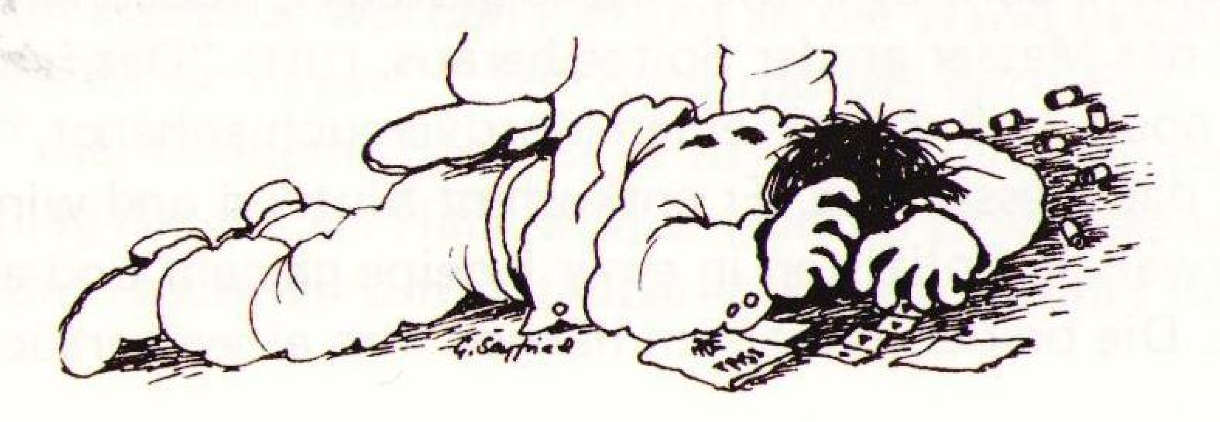
Mord an. Sie erklären, als er die Treppe hinauflief, habe er ein Messer gezogen und sie bedroht. Erst da, in Notwehr, hätten sie geschlagen. Die Gerichtsverhandlung widerlegte die Darstellung der Polizisten. Die Ermittlungen der Kripo sprachen gegen sie, ihre Aussagen wurden widerlegt. Aber das Disziplinarverfahren gegen beide wurde eingestellt, soweit bekannt.

R. ist Besitzer einer Nachtbar. Eines Abends sitzt er mit einem Bekannten lange in der Kneipe. Unter dem Vorwand, den Wagen umparken zu wollen, "entleiht" sich der "Freund" das Fahrzeug zu einer heimlichen Spritztour. Ohne Führerschein natürlich. Prompt gerät er in eine Polizeikontrolle und überfährt beinahe einen Polizisten. R. weiß nichts davon. Der "Freund" sagt ihm auch nichts, als er in die Kneipe zurückkehrt, steckt ihm nur heimlich den Schlüssel in die Tasche. Gegen halb vier wird R. festgenommen. Er wird zu Elberfelder Wache geschafft. R. sagt, dort hätte einer der Polizisten gerufen: "Dort ist das Schwein, der ist gefahren." Darauf stürzten fünf auf ihn zu. Vier Beamte halten ihn fest, einer, Herr Klauk, schlägt ihn dann fachgerecht zusammen. Sein Freund war später geständig. Er sagte, er wäre ohne Wissen von R. gefahren und hätte den Polizisten beinahe überfahren. Doch der betreffende Polizist - er soll auch der Schläger gewesen sein - behauptet steif und fest, nur R. könnte gefahren sein. Wissentliche Falschaussage? Die Kläger vermuten es.

Später, als R. klagt und Beschwerde einlegt, weiß jeder von nichts auf der Elberfelder Wache. Seit eineinhalb Jahren versucht R. nun schon, zu seinem Recht zu kommen. Das sieht dann so aus:
4.2.75 Anzeige von R.
"Der Polizeibeamte bleibt bei seiner Aussage ... es ergibt sich einwandfrei, daß der sogenannte Polizeibeamte eine Falschaussage gemacht hat ... Ich verlange daher, daß gegen den Polizeibeamten Klauk, genau wie gegen jede andere Person, die nicht im Dienste der Polizei steht, ermittelt und vorgegangen wird."
9.2.75 Aus der Schrift des Rechtsanwalts:
Herr R. hat den Polizeibeamten Klauk während der Hauptverhandlung gegen S. wiedergesehen. Er hat ihn eindeutig als denjenigen identifizieren können, der ihn seinerzeit mißhandelt und geschlagen hat. Doch unternommen wurde von der Staatsanwaltschaft nichts. Das Verfahren gegen Klauk wurde "vorläufig" eingestellt.

"Das Selbstverständnis der Polizei, abgeleitet aus der demokratischen und sozialrechtsstaatlichen Verfassungsordnung, muß der Bevölkerung vermittelt werden."

Alle Zitate aus: "KONZEPT ZUR INNEREN SICHERHEIT" von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeiangehöriger, Mai 1973.
Was ist nun zu tun, wenn der Bürger von Polizisten mißhandelt wird?
1. Namen und Dienstnummer geben lassen, auch wenn weitere Schläge angedroht werden. Die Beamten sind zur Auskunft verpflichtet.
2. Sofort zu einem Arzt gehen, Attest ausstellen lassen.
3. Farbphotos von den Verletzungen anfertigen lassen.
4. Zu einem Anwalt gehen, der sich mit Polizeiübergriffen beschäftigt hat. WAT LÖPPT kennt mehrere von ihnen. Wer einen Anwalt braucht, wende sich an die Redaktion.
5. Mißhandlungen der Polizei dringen so gut wie nie an die Öffentlichkeit. WAT LÖPPT veröffentlicht diese. Wenden Sie sich bitte daher an uns. "



AUF DER ANKLAGEBANK: DIE INFORMATIONSFREIHEIT

KÖLN
22.September

Bericht vom „Anderen Buchladen":
"Vor einem Jahr, am 18.8.1976, begann in der BRD eine bundesweit angelegte Staatsschutzaktion gegen den linken Buchhandel und Buchvertrieb. In Berlin, Bochum, Hamburg, Heidelberg, Köln, München und Tübingen wurden Verlage und Buchhandlungen durchsucht. Es wurden mehrere Personen festgenommen. Zur Begründung der Durchsuchungen und Festnahmen wurde erstmals der „Maulkorbparagraf" 88a StGB angewandt. Jetzt stehen zwei Prozeße in diesem Zusammenhang an. Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden Angeklagten vor, durch das Auslegen einer Zeitung, Gewalt befürwortet, und damit eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben.

Wir stellen hierzu fest:

Die Anklage richtet sich nur relativ zufällig gegen die beiden Angeklagten. Sie hätte jeden andern Buchhändler auch treffen können, der nicht bereit ist, Selbstzensur zu üben, um damit evt. anstehenden staatlichen Übergriffen zuvor zukommen. Mit dem jetzt anstehenden Prozeß soll ein weiterer Schritt getan werden, um in der BRD (wieder?) Zensur einzuführen und Denk- und Diskussionsverbote auszusprechen.

Als Instrument hierzu dient der Staatsanwaltschaft der § 88a, eine Gesetzesbestimmung, die offensichtlich verfassungswidrig ist:

- keine Bestimmung darf den „Wesensgehalt" der Meinungs- und Informationsfreiheit (Art 5 GG) antasten. Durch den Maulkorbparagrafen wird ein ganzer Bereich inkriminiert.
- der § 88a ist so unscharf formuliert („befürworten", „sich einsetzen", „Bestrebungen anderer", „Sicherheit"), daß es ganz im Belieben des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft steht, wann wo zugeschlagen wird, und wer angeklagt wird.
- der § 88a bezieht nicht etwa tatsächliche Handlungen in die Strafwürdigkeit mit ein, sondern er richtet sich nur gegen eine mögliche „Bedrohung".

Das Feindbild der Staatsanwaltschaft steht bereits fest: nach ihren „Recherchen" geht es um 147 Verlage, 27 Buchvertriebe und 108 linke Buchläden, die mit rund „2000 Einzeltiteln 'Revolutionslektüre en masse' " verbreiten. Der VLB (Verband des linken Buchhandels) wird bereits als „kriminelle Vereinigung" bezeichnet. Getroffen werden soll damit das gesamte Spektrum von Diskussionsbeiträgen, die den Kapitalismus als Klassengesellschaft - damit als Gewaltsystem - begreifen.

Diskussionen über Legitimität politischer Gewalt, über die Notwendigkeit von politischem Widerstand, über den Streik als politischem Kampf, über Bürgerinitiativen sollen nicht stattfinden. Selbst „Friedensforschung", die ihren Ansatz im Begriff der bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen eigenen 'strukturellen Gewalt' sucht, die gesellschaftliche Entstehungsbedingungen von Gewalt problematisiert, wird kriminalisiert, sobald sie 'strukturelle Gewalt' im Herrschaftssystem der BRD entdeckt.

Derartige Leseangebote können nach Ansicht des Staatsschutzes „ geradezu verhängnisvoll sein für ganz junge Menschen, also unsere Kinder und Jugendlichen, die von Natur aus ein gesundes ideales Denken und Streben haben und damit auch hohe innere Ansprüche an den Staat, die 'Oberen', unsere Gesellschaftsordnung und die sonstige Verwirklichung edler Ziele stellen, ... (so Ministerialdirigent Dr. Alfred Stümper, führender Polizeitheoretiker).

Alle Ansätze von Öffentlichkeit, die sich eigene Denkansätze und Diskussionsmöglichkeiten nicht verbieten lassen wollen,

sollen vor diesem Hintergrund offenbar zerschlagen werden.

Eine Hauptaufgabe des Buchhandels insgesamt ist es aber gerade, neben den und über die Informationen der Massenmedien hinaus, ausführliches und detailliertes Informationsmaterial anzubieten. Dies ist im Zuge der Einschüchterung kritischen Denkens zunehmend schwieriger geworden.

Der § 88a stellt den bisher schwerwiegensten Eingriff in die Meinungsbildungsmöglichkeiten dar.

Wir wenden uns gegen diesen staatlichen Eingriff in die Informationsfreiheit."

Kontakt: Der Andere Buchladen, Zülpicher-Str. 197, 5 Köln 41 Tel. 0221-420214

SICHERHEITSVERWAHRUNG ANGEDROHT

NÜRNBERG 20. September — *Aus einem Brief der Gefangenengruppe Nürnberg:*

„Michael Sager (siehe ID 188/89) ist 20 Jahre alt, davon verbrachte er 1/4 in bayrischen Zuchthäusern.
Ihm wurde jetzt Sicherungsverwahrung angedroht. Im öffentlichen Urteilsspruch war davon keine Rede. Klammheimlich und hinter den Kulissen wurde sie dann in der schriftlichen Urteilsbegründung „erwähnt".
„Dem Angeklagten Sager muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß er Sicherheitsverwahrung zu gegenwärtigen hat, falls er sich erneut in ähnlicher massiver Weise strafbar machen sollte."

Sicherheitsverwahrung ist Gummistrafe, ist permanentes Hoffnung Geben und Enttäuschen, ist reine und gesetzlich abgesicherte Willkür der Lager und Anstaltsleitungen. Sicherheitsverwahrung kann immer aufrechterhalten bleiben und jederzeit bei „Wohlverhalten" aufgehoben werden."

ROLAND OTTO WIRD AM 7. OKTOBER ENTLASSEN

KÖLN 22. September — *Das Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth (Glasstr. 80, 5 Köln 30, Tel. 02 21/ 52 05 79) teilt mit:*

"Nach der Sommerpause möchten wir uns wieder bei Euch melden. Aktueller Anlaß ist die schöne Nachricht, daß die Entlassung von Roland Otto in einigen Wochen bevorsteht. Er wird zum 7. Oktober die JVA Kailsheim verlassen und dann zunächst in München wohnen. Alles weitere wird sich dann schon finden. Wir möchten Euch bitten, Roland auch in den letzten Knasttagen nochmals zu schreiben, Karten zu schicken oder auf eine andere Weise Eure Solidarität zu bekunden. (Vielleicht auch ganz besonders zum Tage seiner Entlassung!). Seine Adresse:
Roland Otto, JVA Kailsheim, 8851 Kailsheim.

Nach Beendigung der ersten Etappe des Prozesses gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Philipp Werner Sauber haben wir im Unterstützungsbüro begonnen zu diskutieren, wie es weitergehen soll. Es sind von verschiedenen Seiten Vorschläge an uns herangetragen worden, doch "weiterzumachen" und andere Leute zu betreuen oder einige Themen, die zunehmend wichtiger werden, zu diskutieren und zu bearbeiten. Aus diesem Bereich erscheinen uns die anstehenden Verfahren wegen angeblicher Verstöße gegen den § 88a StGB die im Moment wichtigsten zu sein. ...



Zunächst wollen wir auf jeden Fall "unseren" Prozeß zu Ende bringen. Wie bereits angekündigt, bereiten wir eine abschließende Dokumentation vor, die neben dem Wortlaut des Urteils enthalten soll:
- eine Analyse des Urteils und damit eine Einschätzung zur Bedeutung des Prozesses
- einen Beitrag zur Strategie der Verteidigung ("politische Verteidigung")
- eine Analyse der Presseberichterstattung in Zusammenhang mit unserer Öffentlichkeitsarbeit
- einen Beitrag zum Thema Knastmedizin
- eine Analyse von Juristensprache am Beispiel der Anklageschrift
- einen Bericht über die "Grauen Wölfe"
- eine Analyse der Polizeistrategie.

Diese Aufzählung soll keine Wertung darstellen oder die Reihenfolge festlegen....

Aber auch nach Verkündigung des Urteils sind eine Reihe von Problemen offen geblieben, mit denen wir uns weiter auseinandersetzen müssen:
- die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Hier wird sich zeigen müssen, welche Überlegungen sie anstellen wird.
- es ist offen geblieben, wie gegen die an der Erschießung beteiligten Polizeibeamten vorgegangen werden soll. Zumindest der Polizeizeuge Grüner hat sich während der Hauptverhandlung des Meineides schuldig gemacht.
  Ein anderes Kapitel ist das Verhalten der Polizisten während des Tatgeschehens selbst. In der mündlichen Urteilsbegründung zog sich das Gericht auf die letzte, ihm verbleibende Möglichkeit zurück, um doch noch die ursprüngliche breiter angelegte Verurteilung von Gesinnung erreichen zu können: Die Schuld für die Schiesserei liegt jetzt "nur" noch bei dem toten "Terroristen" Sauber.

Spendenkonten: Stadtsparkasse Köln, Wolfgang Hippe, Konto-Nr. 105 103 287, (BLZ 370 501 98):
Postscheckkonto Köln, Wolfgang Hippe Sonderkonto, Konto-Nr. 135 816 - 508, (BLZ 370 100 50).

Zwischenabrechnung für die beiden Spendenkonten und die Bürokasse:

	Einnahmen	Ausgaben
Postkt.	19.940,65	11.936,75
Bankkt.	33.719,53	34.382,87
Kasse	12.245,24	14.263,84

von diesen Einnahmen und Ausgaben wurden bezahlt

Bürokosten	24.324,55
Anwaltsbezahl.	36.258,91
Verkauf	10.567,58
Sammlungen	15.260,31
Spenden	40.077,53

Man kann also grob sagen, daß sich das Unterstützungsbüro durch den Verkauf und die Sammlungen selbst getragen hat."

STROMZAHLUNGSBOYKOTT

GÖTTINGEN
23. September

Bericht der Boykottleute:

Die Arbeitsgruppe Gewaltfreier Widerstand im Arbeitskreis gegen Atomenergie Göttingen hat vor ca. einem Monat begonnen, einen Stromzahlungsboykott (SZB) für den Bereich der EAM (Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland) zu organisieren. Den Startschuß dafür gab unfreiwillig die EAM selber, die für Oktober Strompreiserhöhungen von 5 bis 7 Prozent ankündigte. Begründet wird es mit den Verlusten der Preag in Grohnde (Baustopp in ca. einem Monat) und Esensham (fertiggestellt, durch Gerichtsbeschluß Inbetriebnahme noch verhindert). Die EAM gehört zu 46 Prozent der Preußen Elektra.

Zur Zeit sind wir in der ersten Phase des Boykotts, d.h. wir sammeln Erklärungen von Leuten, die bereit sind, einen Teil der Stromrechnung (ca. 5 bis 10 Prozent) nicht an die EAM, sondern auf ein Treuhandkonto bei unserem Rechtsanwalt zu zahlen. Wenn wir 1.000 Bereitschaftserklärungen aus dem Bereich der EAM zusammenhaben, beginnt die zweite Phase. Der EAM werden unsere Forderungen:

- Zurücknahme der Strompreiserhöhungen
- Keine Investitionen mehr in Atomenergie
- Keine Lieferung mehr von Atomstrom
- Keine Werbung mehr für erhöhten Stromverbrauch

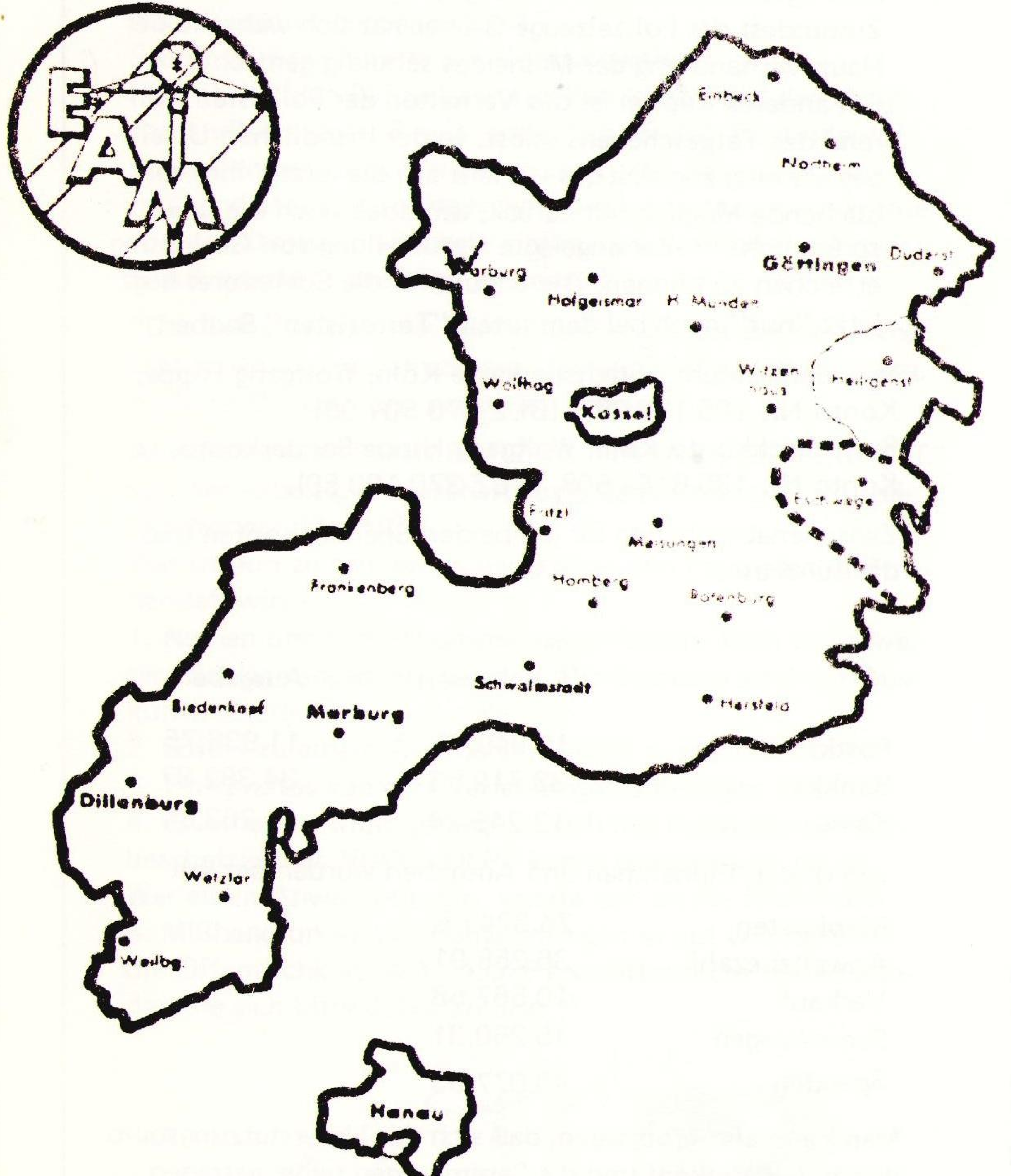
vorgelegt, unter denen wir bereit sind, unsere Stromrechnung weiter in voller Höhe zu zahlen. Da es wahrscheinlich ist, daß die EAM die Forderungen nicht erfüllen wird, beginnt dann die dritte Phase. Es wird begonnen, einen Teil des Rechnungsbetrages nicht mehr an die EAM zu zahlen. Beschlüsse, über Beginn und Vorgehensweise während des Boykotts werden von der Vollversammlung der Boykotteure getroffen.

Aufruf an alle, die im Bereich der EAM (siehe Karte) wohnen.

Wir suchen Kontakt zu Einzelpersonen und Gruppen, die bereit sind, in ihrem Kreis/Stadt den Boykott zu organisieren. Infomaterial könnt Ihr bei uns gegen Porto erhalten.
Nähere Infos und Kontakte:
Arbeitsgruppe Gewaltfreier Widerstand
im AK gegen Atomenergie
Postfach 45
34 Göttingen
Tel.: jeden Mittwoch 17 - 19 Uhr 0551/54 077

Spendenkonto: Städt. Sparkasse Göttingen, F. Büge,
Nr. 1800 11 15
Die eingezahlten Spenden sollen zur Rechtshilfe von AKW-Gegnern dienen, die wegen des Boykotts von Gerichtsprozessen betroffen sind.







KATASTROPHENPLAN FESSENHEIM: HAFT FÜR UMWELTSCHÜTZER?

FREIBURG
19.September

Flugblatt der Gewaltfreien Aktion Freiburg:

„Am 7.März dieses Jahres wurde der größte Teil des Katastrophenschutzplans Fessenheim von unbekannten Umweltschützern aus dem Landratsamt Lörrach zur Einsicht mitgenommen und nach Veröffentlichung durch verschiedene Umweltschutzgruppen an die betreffende Behörde zurückgesandt. Im Zuge der Ermittlung der Staatsanwaltschaft wurde ein Mitglied der Gewaltfreien Aktion Freiburg, Eckart Hermann, als Zeuge vernommen. Die Ermittlungsbehörden vermuten, daß er mit den Entwendern nach der Tat Kontakt hatte. Er war nicht an der Entwendung beteiligt, verweigert aber dennoch jede Aussage zur Person der Gesuchten, um so diese vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen.
Zur „Erzwingung des Zeugnisses" wurde gegen ihn ein Ordnungsgeld von 400 DM, ersatzweise 16 Tage Haft, festgesetzt. Die Zahlungsfrist lief am 10.9.77 ab. Zusätzlich wird im Ordnungsgeldbeschluß bemerkt: „Unter Berücksichtigung seiner geschätzten Einkommenslage erschien ein Ordnungsgeld von 400 DM vorläufig als ausreichend... da andererseits die gesetzliche Möglichkeit besteht, die Maßnahmen zur Erzwingung des Zeugnisses zu wiederholen, bzw. zu verschärfen, falls der Zeuge weiterhin auf seiner Weigerung beharrt."

ZUR VORGESCHICHTE: Um die Einsichtnahme und Veröffentlichung dieses Katastrophenplans beurteilen zu können, müssen die jahrelangen, erfolglosen Bemühungen der badischen Umweltschützer, Licht in das finstere Kapitel Katastrophenschutz zu bringen, berücksichtigt werden. Bereits im November 1973 forderte die Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke in einem offenen Brief an den Regierungspräsidenten Person die Veröffentlichung des Katastro-

phenplans . Weitere Aktionen folgten:

- Mai 1975,zahlreiche Petitionen um die Veröffentlichung des Katastrophenplans
- September 1976; 20 000 Bürger der Region fordern mit ihrer Unterschrift Baustop in Fessenheim und die Veröffentlichung des Katastrophenplans
- Oktober 76; viertägige Mahnwache der Gewaltfreien Aktion Freiburg vor dem Regierungspräsidium Freiburg; Offener Brief an Reg.-Präs. Person.
- 7.Februar 77; 7 Elsässer beginnen ein unbegrenztes Fasten; sie fordern u.a. die Veröffentlichung des Katastrophenplans
- 8.Februar; in dem Gerichtsverfahren um das AKW Wyhl sagt D.Lindackers, Vorsitzender des Ausschusses -Notfallschutz- der Strahlenschutzkommission des Bundesinnenministeriums: „Ich will hier auch meine persönliche Meinung dazu sagen, daß ich nicht sehr viel davon halte,diese Pläne als Verschlußsache laufen zu lassen..."
- 1./2.März; etwa 60 Bürger der Region sprechen im Reg.-Präsidium vor, um angesichts der drohenden Inbetriebnahme des AKW Fessenheim die Veröffentlichung des Katastrophenplans zu fordern. Dem Regierungspräsidium wird ein konkreter Fragenkatalog zum Katastrophenschutz vorgelegt.
- 7.März; die Inbetriebnahme des AKW steht unmittelbar bevor. Die Bevölkerung ist in völliger Ungewißheit, wie sie sich im Falle eines kerntechnischen Unfalls verhalten soll. Schutzmaßnahmen und Rettungsmöglichkeiten sind unbekannt. Das Reg.-Präsidium weigert sich, den Plan zu veröffentlichen. Da entwenden unbekannte Umweltschützer einen großen Teil der Pläne aus dem Landratsamt im Lörrach!
- 8.März; das AKW Fessenheim geht in Betrieb!
- 11.März; Umweltschutzgruppen geben eine Pressekonferenz, auf der der Plan der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es zeigt sich, daß es sich hier um eine gefährliche Mischung aus völliger Unterschätzung der Gefahren radioaktiver Strahlen, dem Glauben an die richtige Improvisation zur richtigen Zeit, und dem Bemühen, die Bevölkerung zu beruhigen,handelt. Hierzu meinte auch dier SPD-Abgeordnete Schieler in der Badischen Zeitung vom 29.8.77: „Bedenklich sei auch die Geheimniskrämerei der Regierung um den Katastrophenplan, die dann allerdings verständlich sei, wenn sich zeigen sollte, daß die darin vorgesehenen Schutzmaßnahmen überhaupt nicht vorbereitet seien."
- Juni 77; Mehr als 600 Lehrer aus dem Markgräflerland fordern in einer Eingabe an das Regierungs-Präsidium Freiburg Schutzeinrichtungen für die Schulen.

Soweit also die Vorgeschichte.

Wir wissen, daß sowohl die Einsichtnahme und Veröffentlichung der Pläne, sowie die ‚Deckung' der Täter als strafbare Delikte geahndet werden können. Aber wir wissen auch, daß diese „Aktion zivilen Ungehorsams" das Ziel hatte, uns und alle Bürger der Region um das AKW Fessenheim über die vorgesehenen Maßnahmen bei einem Reaktorunfall zu unterrichten. Dies geschah nicht aus Eigennutz, sondern aus Verantwortungsgefühl gegenüber allen Betroffenen. Das eigenmächtige Handeln war auch deshalb notwendig, weil uns die verantwortlichen Stellen (Reg.-Präs. und Landesregierung) jahrelang wissentlich über Schutzmaßnahmen in Katastrophenfällen im unklaren ließen. Wir meinen, daß diese Tat somit nichts weiter als eine legitime Selbsthilfe darstellte; und wir dürfen auch nicht vergessen, daß alleine hierdurch die breite Diskussion um die Katastrophenpläne ausgelöst wurde.

Wir wollen nun verhindern, daß die Gesuchten juristisch verfolgt und für eine Tat angeklagt werden, die letztlich in unser aller Interesse war, weil sie dem Schutz unseres Lebens und unserer Gesundheit dienen sollte. Wir müssen uns fragen, wie ist die Einsichtnahme in einen geheimen Aktenordner zu beurteilen gegenüber der verantwortlungslosen Untätigkeit der Behörden im Hinblick auf die Gefahren des AKW Fessenheim?

Wir meinen, daß die Staatsanwaltschaft das Unrecht an der falschen Stelle sucht! In der Stellungnahme zum AKW Fessenheim, die kürzlich von 264 Ärzten aus Freiburg und Umgebung abgegeben wurde, steht: „Auch bei bestmöglicher Durchführung aller erwähnten Maßnahmen erscheint im Katastrophenfall eine wirksame Hilfe äußerst zweifelhaft. Es ist unser Anliegen, vor der Öffentlichkeit klarzustellen, daß die Verantwortung hierfür nicht bei den Ärzten, sondern bei den für den Betrieb von Kernkraftwerken zuständigen Stellen liegt."

Wir werden weder die Strafverfolgung der Täter billigen noch mitansehen, daß einzelne von uns unter Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen zur Preisgabe deren Identität gezwungen werden!
Wir halten die Entwendung der Katastrophenpläne für richtig und notwendig und erklären uns für die Veröffentlichung mitverantwortlich!
Wir unterstützen das Verhalten von Eckart Hermann und fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft!
Wo das Gesetz Unrecht wird — wird Widerstand zur Pflicht!

Gewaltfreie Aktion Freiburg, c/o Gerd Süssbier
7800 Freiburg, Lorettostraße 56

INTERATOM—BETRIEBSRAT WIRBT FÜR KERNENERGIE

KÖLN
15.Sept.
Der Betriebsrat der Firma ‚Interatom' hat am 17. September eine Informationsveranstaltung in der Kölner Schildergasse abgehalten, in welcher die Bevölkerung nicht nur über die Sorge der in der Atomindustrie Beschäftigten um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze aufgeklärt werden sollte, sondern gleichzeitig über die Notwendigkeit der Energiegewinnung aus Kernreaktoren berichtet wurde. Ferner wurde versucht, zu beweisen, daß die Behauptung der Gegner dieser Technologie über die Gefahren, die mit dem Bau von Atomkraftwerken verbunden sind, aus der Luft gegriffen,nicht beweisbar, nicht haltbar oder aber, da nur in geringem Maß vorhanden, tolerierbar seien.

Weitere Veranstaltungen sind für den 1. und den 8.Oktober vorgesehen. Die Belegschaft von Interatom ist aufgefordert worden, bei ihren Einkäufen in Köln an den genannten Tagen an den Informationsstand zu kommen und an eventuellen Diskussionen teilzunehmen. Ferner sucht der Betriebsrat noch Mitarbeiter, die für längere Zeit an den Veranstaltungen teilnehmen, vorzugsweise junge, gutaussehende Mitarbeiterinnen.

Wäre wichtig, daß an den genannten Tagen auch Gegner der Atomtechnologie in der Kölner Schildergasse sind.

UNSERE RECHTE BEI KRANKHEITSKÜNDIGUNG

BOCHUM
20.September
„Im ID Nr. 194 habt Ihr das Papier der 12 oppositionellen Opel-Betriebsräte zur Praxis der Adam Opel KG bei Kündigungen abgedruckt. Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung der 12 Betriebsräte dabei war, daß bei ca. 75% der Kündigungen die Frage von krankheitsbedingten Fehlzeiten eine Rolle spielt.

Die Juristengruppe im Opel-Solidaritätskomitee hat dieses Ergebnis zum Anlaß genommen, die Frage der Krankheitskündigungen juristisch zu untersuchen, um auch von der juristischen Seite her den Kampf gegen Krankheitskündigungen unterstützen zu können. Herausgekommen ist dabei eine 24-seitige Broschüre „Die Krankheitskündigung".

Die Broschüre wurde vor allem geschrieben als Anleitung für Betriebsräte, Vertrauensleute und engagierte Kolleginnen und Kollegen, um die Durchsetzung von Rechten der Arbeiter bei Krankheitskündigungen zu erleichtern. Die Broschüre stellt die neuere Rechtsprechung insbesondere des Bundesarbeitsgerichts, aber auch unterer Arbeitsgerichte dar, gibt Beispiele von Argumentationen etc. Weiter enthält sie eine Checkliste zur Vorbereitung von Gegenmaßnahmen des Betriebsrates und zur Prüfung der Erfolgsaussichten einer Kündigungsschutzklage."
Die Broschüre kostet 1,- DM und ist zu bestellen bei:
Michael Dornieden, Schmechtingstr.38, 4630 Bochum 1
gegen Überweisung von 1,- pro Exemplar+Portokosten (Portokosten für 1 Ex. = 0,6o; für 2-4 Ex. = 0,70; für 5-8 Ex= 1,2o; ab 9 Ex. = 2,-) **auf Postscheckkonto Dortmund Nr. 16461-461**

NEUES VON DER LEHRERFRONT

FRANKFURT
14. September

Von fast 3.000 Bewerbern für ein Lehramt an den hessischen Schulen wurden nur 1.670 eingestellt. Das entspricht einer Einstellungsquote von 56%. Ein Großteil der neu in den hessischen Schuldienst gekommenen Kolleginnen und Kollegen bekamen erneut lediglich einen 2/3 BAT-Vertrag befristet auf 3 Jahre. Diesen Lehrern wurde keine Zusage mehr gegeben, nach 3 Jahren weiterbeschäftigt oder ins Beamtenverhältnis übernommen zu werden.

Erstaunlich hoch ist auch diesmal wieder die Zahl von Absagen (228) von Bewerbern, die eine Beamtenstelle oder Angestelltenstelle erhalten sollten. Nachfragen haben ergeben, daß wiederum genau die Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer abgewandert sind, deren Lehrfächer in Hessen dringend benötigt werden. Schulleiter, die bei den Regierungspräsidien dringenden Bedarf für ein bestimmtes Fach (z.B. Englisch oder Mathematik) anmelden und zudem noch unbesetzte Stellen an ihren Schulen zur Verfügung haben, erhalten vom Regierungspräsidenten die Auskunft, daß alle Kolleginnen und Kollegen mit den gewünschten Fächern eingestellt seien.

Die unsichere Situation in Hessen veranlaßt immer wieder Kollegen, die Belastungen, die mit einem Wechsel in ein anderes Bundesland verbunden sind, in Kauf zu nehmen, weil ihnen von dort Beamtenstellen angeboten werden. Insgesamt wurden 1.069 voll ausgebildete Lehrer nicht eingestellt, obwohl z.B. im Bereich des Regierungspräsidenten Darmstadt an den Gymnasien 160 Planstellen nicht besetzt sind. Einen bei weitem nicht ausgeschöpften Betrag von insgesamt 91 Mil. DM verwendet der hess. Kultusminister vernehmlich zur Vergabe von Lehraufträgen und zur kurzfristigen Aufstockung von 2/3 BAT-Verträgen. Man könnte doch erwarten, daß gerade in der derzeitigen Situation der hohen Arbeitslosigkeit der sicher notwendige Topf für die Gewährung von nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehraufträgen so gering wie möglich gehalten würde, damit mit den freiwerdenden Geldern arbeitslose Lehrer eingestellt werden könnten.

Die Einstellungspraxis des hess. Kultusministers während der letzten Jahre hat bei den Schulleitern zu der Haltung geführt, daß als Fehlbedarf vornehmlich der dringenste Fachmangel im naturwissenschaftlichen Bereich gemeldet wird. Dadurch werden zusätzlich die Einstellungschancen für Lehrer mit gesellschaftswissenschaftlichen Fächern erheblich eingeschränkt.

Wie die Zahl der insgesamt eingestellten Lehrer zeigt, sind keineswegs 1.400 zusätzliche Stellen geschaffen worden, wie es in Pressemeldungen zu lesen war. Diese 1.400 Stellen sind für das Wahljahr 1978 gedacht, von denen 622 Stellen bereits zum 1.9.1977 wirksam wurden.

	Bewerber	eingest. Beamte	2/3 BAT	1/1 BAT	Summe	Absagen	nicht eingest.
GHRS	1955	402	599	12	1013	107	835
Gymn.	724	304	165	5	474	121	129
Ber.Sch.	288	131	16	36	183	—	105
Summe	2967	837	780	53	1670	228	1069

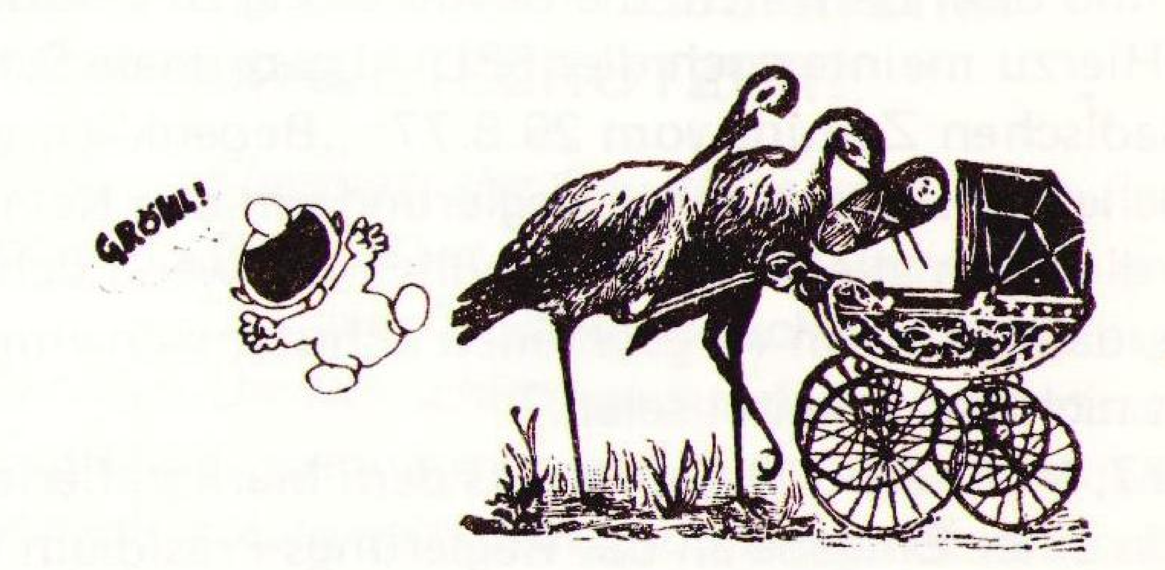
50% der Referendare sollen nicht ausgebildet werden

Mit der Weigerung, alle Lehramtsbewerber in den Vorbereitungsdienst zu übernehmen, wird der Lehrermangel von morgen bereits programmiert. Wir haben gesehen, daß der Leiter der Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt mit Recht darüber klagt, daß für das gymnasiale Lehramt zu wenig vollausgebildete Lehrer da sind - u.a. in den bekannten Mangelfächern - und daß viele Schulleiter die Fächer Geschichte, Erdkunde, Politik, Wirtschaft nicht mehr anfordern. Diese Schulleiter befürchten, daß sie dann eine rare Planstelle mit diesem Fach besetzen und keinen „Naturwissenschaftler" mehr bekommen, da weitere STellen nicht bewilligt oder eingespart werden.

So hat auch auf dieser Ebene die Einstellungspolitik der Landesregierung zu einem Verhalten geführt, welches die Schulfächer nach ihrer „Wertigkeit" selektiert.

Bewerbungen und Ausbildungsstellen zum 1.11.77

	Bewerber	Ausbildungsstellen	nicht eingestellt
GHRS	1.624	887	737
Gymn.	1.458	532	926
Ber.Sch.	336	292	44
Summe	3.418	1.711	1.707



SOLDATEN UNTER KONTROLLE

SPEYER
22.September

Das Soldatenkomitee Speyer erklärt in einem Pressekomentar vom 21.September u.a.:
„ Seit einiger Zeit und besonders in den letzten Tagen wurden mehr als 15 Soldaten im 1. Spahi-Regiment (gepanzertes Aufklärungsregiment) in Speyer von dem französischen Militärischen Aufklärungsdienst verhört. Die Soldaten des Spahi-Regiments sind über diese Situation äußerst beunruhigt. Sie haben durch ihre Soldatenkomitees in letzter Zeit ihre Unzufriedenheit wegen der äußerst schlechten Transport-Bedingungen bei Urlaubsfahrten (Heimurlaub, vor allem am Wochenende, beginnt erst nach der Abfahrt der letzten Züge , Anm. d. Red.) protestiert. Es scheint, daß es diese Proteste sind, die die Militärhierarchie zu unterdrücken versucht. Das Soldatenkomitee von Speyer fordert, daß diese Welle der repressiven Verhöre beendet wird. Die Soldaten verlangen, daß die Organisationen der Arbeiterklasse die Situation der Soldaten aufmerksam beobachten und bereit sind, hier einzugreifen".

Kontaktadresse: Soldatenkomitees Neustadt und Speyer, B. Plagemann, Postfach 1222, 7420 Münsingen.

REVOLTE/REPRESSION/ANTIREPRESSIONS-DISKUSSION/ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE/ANTIREPRESSIONSKONGRESS/ANTIREPP...Aah.

BOLOGNA 20.September Dieser Kongreß ist kein Antirepressionskongreß, ist überhaupt kein Kongreß, eher ein Treffen, ein Massen-Rendevouz, eine multinationale Lagebesprechung, es geht weniger um Standpunkte als um Standorte, es wird keine Kongreßhalle geben, sondern hin und her hüpfende Einzelinitiativen, keine politische Modenschau, nicht mal Kleidertausch, ehe ein Netz mobiler Schneiderwerkstätten. Schneidern Sie mit uns am Gewand der Zukunft und bitte bringen Sie Nadel und Faden mit!

Treten Sie näher meine Damen und Herren, der Eintritt kostet Sie höchstens drei Illusionen, doch dafür dürfen Sie die Tribüne stürmen. Alte Hüte und Korsetts bitte an der Garderobe abgeben. Bringen Sie Ihre neuen Schläuche mit,aber geben Sie acht, daß man Ihnen keinen alten Wein reinfüllt. Die Lage ist ernst, das wollen wir Ihnen nicht verschweigen, aber das ist noch lange kein Grund, daß Sie sich selbst ernst nehmen. Wir nehmen Sie auch nicht ernst, wir wollen nur mal ernsthaft mit Ihnen reden, ohne daß uns allen das Lachen vergeht.

Die Idee dazu war bereits Anfang Juli entstanden, irgendwo zwischen Bologna und Paris, damals als zum ersten Mal in breitestem Rahmen von Dissens die Rede war. Dissens, das ist ein Wort, das man aus totalitären Herrschaftssystemen her kennt. Und hierzu gibt es in Italien eine deutliche Tendenz. Der historische Kompromiß kennt keine Opposition mehr und wird gegenüber der realen gesellschaftlichen Opposition umso unduldsamer, je bedrängender für seine Partei die Tatsache wird, daß er materiell bereits realisiert, doch formell noch nicht abgesichert ist.

In dieser Zwangslage gewinnt die Entwicklung der politischen Situation in Bologna exemplarische Bedeutung. Bologna, Hochburg der italienischen Kommunisten, Schaufenster des Eurokommunismus, aber gleichzeitig und gerade deshalb die Stadt, die am heftigsten erzittern mußte unter dem Aufstand der vom historischen Kompromiß Vergessenen,die Stadt, deren Väter am hysterischsten reagierten auf die Verschmutzung ihrer Fassade. Die Märzrevolte hatte diese Fassade mit unerwarteter Wucht angerempelt und siehe da — es bröckelte an allen Stellen. Die Märzrevolte hatte die militärische Herausforderung seitens der Mörder von Francesco Lorusso angenommen und mußte innerhalb kürzester Zeit mit einer Niederlage enden. Doch die Opposition , die in der Form der Militanz hervorgebrochen war, gärt weiter, sucht sich andere Ausdrucksformen, ein anderes Terrain. Diese Bewegung hat ihre ‚politische Stärke' bereits bewiesen, indem sie die Herrschenden in den Wahnsinn getrieben hat, sie hat ihre gesellschaftliche Durchschlagskraft in ihrem gegenüber dem sozialdemokratischen Konzept antagonistischen Charakter offenbart. Daß die Auseinandersetzung mit diesem Konzept — und das gerade und vor allem in Bologna — die Form „Dissens gegen totalitäres System" angenommen hat, ist gleichzeitig Ausdruck einer entscheidenden Schwäche der oppositionellen Bewegung: ihre weitgehende Abgeschiedenheit von der „offiziellen" Gesellschaft, von der Fabrikgesellschaft. Und von den Kämpfen, die dort gegen den historischen Kompromiß als Stützpfeiler der „Opfer-Politik" der Andreotti-Regierung geführt werden.

Innerhalb dieses doppelbödigen Kräfteverhältnisses werden sich die drei Septembertage in Bologna abspielen.

Zentrale Themen der Diskussion werden sein: die neue Form der Opposition unter den Bedingungen des historischen Kompromisses, die Opposition der „dissidenti rivoltosi" (der revoltierenden Dissidenten); die Ökologiebewegung als fortgeschrittenster materieller Ansatzpunkt für eine Europäisierung der linken Bewegung; Gegeninformation und internationaler Informationsaustausch; die freien Radiosender; Hintergrund all dessen wird sein: die Entwicklung zu einem Autoritär-sozialdemokratischen Europa hin und die damit einhergehenden ‚neuen' Formen der Repression („Gesinnungsrepression' etc.).

Bürgermeister Zangheri und sein kommunistischer Magistrat würden das alles am liebsten verhindern, können sich's aber politisch doch nicht leisten, der Konfrontation schlicht durch Repression auszuweichen; denn die PCI kann trotz aller Kollaboration mit der Rechten nicht ohne weiteres ihr nationales Image als Garant der demokratischen Grundrechte auf's Spiel setzen; dazu kommt, daß die Partei als fortgeschrittenster Repräsentant des Eurokommunismus im Brennpunkt der Aufmerksamkeit des Auslands liegt und immerhin mußten sie sich von Frankreich her bereits harte Attacken gefallen lassen, die wochenlang in der gesamten Presse diskutiert wurden.

Von daher der Versuch seitens der staatstragenden politischen Kräfte, das Treffen im vorhinein zu kriminalisieren. Durch eine seit Wochen währende Hetzkampagne sollen die Bürger der Stadt in Angst und Schrecken versetzt werden. Es wird suggeriert, es stehe eine Kriminelle Invasion bevor, die nicht anders als in Gewalt und Vandalismus enden könne. Ein bißchen Ithehoe/Malville-Klima, beständig geschürt; Ladeninhaber und Restaurantbesitzer drohen mit Schließung ihrer Betriebe für die Dauer jener drei Tage.
Lucio Lombardo Radice (ZK-Mitglied der PCI, Public-Relations-Manager und Handlungsreisender in Sachen Eurokommunismus mit Einsatzbereich BRD und Westberlin,Vertrauter von Spitzenkadern des Sozialistischen Büros) sprach in der kommunistischen Presse von einem „Vergeltungsfeldzug der roten Squadristen" (Squadristen werden die faschistischen Schlägertrupps genannt, deren bevorzugte politische Aktivitäten in Bombenattentaten, nächtlichen Überfällen auf Linke und dergleichen mehr besteht) und rief zur Mobilisierung aller demokratischen Kräfte gegen diesen Feldzug auf.

Die Bewegung hat indessen von der Stadt gefordert: Zurverfügungstellung aller öffentlichen Plätze und Versammlungslokale, aller Mensen zur Verpflegung der Auswärtigen und was sonst noch so zur Durchführung des Treffens nötig ist. Die Stadt blieb bislang die Anwort schuldig, verweist auf die normalen Gepflogenheiten bei der Vergabe von Sälen und Plätzen usw.

Von daher: wer kommt, sollte sich möglichst gut ausrüsten; auf jeden Fall Schlafsack, auch ein Zelt kann nicht schaden (kann man im Park aufbauen), denn die Wohnsituation der Genossen ist so beengt, daß sich da sicher nicht alle unterbringen lassen.

Zentrale Kontaktstelle: Uni (via Zamboni) Fakultät Magistero tel.: 051 / 27 76 01

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

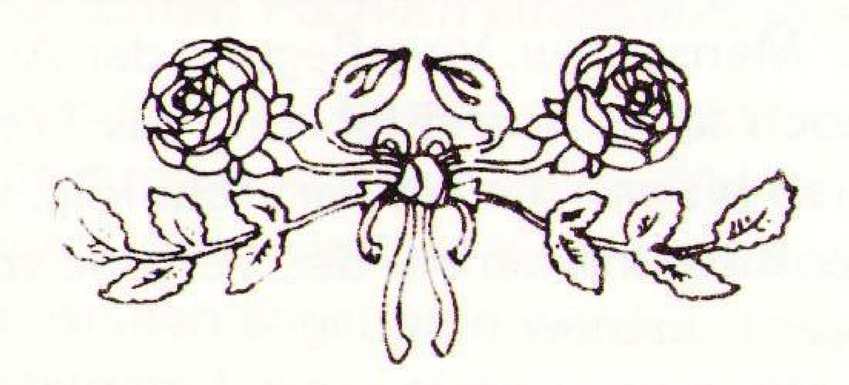
Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

20.000 GEGEN AKW BARSEBÄCK

BARSEBÄCK 20. September „Am Samstag, 10.9.77, gab es die bisher größte Anti-AKW-Demonstration in Schweden. 20.000 genau von der Demonstrationsleitung gezählte Teilnehmer marschierten gegen das Kernkraftwerk Barsebäck in Südschweden.

Das AKW liegt 20 Km von Malmö und Kopenhagen, 10 km von Landskrone entfernt in einer sehr dicht besiedelten Gegend, direkt am Sund. Ungefähr 12.000 Teilnehmer gingen von Louna aus, der Rest stieß auf der Strecke dazu. Über die Hälfte waren Dänen, viele kamen auch aus Finnland und Norwegen und um die 50 Deutsche von Flensburg und der Bürgerinitiative Küste. Der KB hatte einen Büchertisch.
Organisiert wurde das ganze vom Miljötforbundet (Umweltverband) in Schweden, der OOA (Organisation für Aufklärung über die Atomkraft) aus Dänemark und deren Gruppe in Norwegen. Die Demonstration hatte einen sehr breiten Charakter, von den linken Gruppen (ohne Marxisten-Leninisten) bis zu lokalen Umweltparteien und diffusen Reformgruppierungen. Der Jugendverband der schwedischen Bauernpartei, die den Staatsminister Faldin stellt, marschierte zahlreich inklusive ihres Vorsitzenden mit. Bei der Organisation haben die schwedischen Umweltgruppen seit letztem Jahr, wo derselbe Marsch mit 6.000 Teilnehmern stattfand, permanent hierauf organisiert, was bei den Dänen z.B. dazu führte, daß ihr größtes Problem war, einen Platz auf der Fähre nach Schweden zu finden.
Kurz vor der Demonstration ging auch das Umweltlager in Ranstad in Schweden zu ende. Dort hatten sich, wie im letzten Jahr auf Ven, Umweltaktivisten aus ganz Skandinavien getroffen. Ranstad war gewählt worden, weil dort das bisher größte Uranvorkommen Europas gefunden worden war, die Bevölkerung und Gemeinden sich dem Abbau aber strikt widersetzen.

Noch zum Marsch: Besonders zu loben ist, daß eine größere Landkommune der Gegend, Morder Jord, bio-dynamische Gemüsesuppe, Müsli und Obstsaft zur Stärkung bereithielt; auch zu loben sind die Organisatoren, die das Bus-Chaos regelten, denn beinahe alle Teilnehmer waren mit Bussen angereist, aber innerhalb von zwei Stunden waren alle 20.000 Teilnehmer wieder in den Bussen.



NOCHMALS: ENTWICKLUNG IN ANGOLA VORBEMERKUNG DER AUSLANDSGRUPPE

Die Auslands-Gruppeim ID hat von Berliner Genossinnen und Genossen einen ziemlich heftigen Leserbrief auf den Angola-Artikel (ID Nr.188/189) bekommen, in dem sie uns "eine regierungs- und parteitreue Darstellung, die vor offiziösen Wahr- und Reinheiten nur so strotzt", vorwerfen. Wir finden, daß die Berliner in dem Hauptteil ihres Gegen-Artikels recht haben.
Anhand dieser Auseinandersetzung wird einiges über unsere Schwierigkeiten als Auslands-Gruppe deutlich:
1) Wir sind quasi Journalisten, die über ein fremdes Land schreiben. Einer der Punkte, über den sich im ID alle einig sind, nämlich daß Betroffene berichten ('von der Basis - zu der Basis') findet im internationalen Teil kaum Anwendung. Denn welcher Ausländer (z.B. Angolaner) meldet sich schon beim ID ?
2) Wir bekommen unsere Informationen über das Ausland - insbesondere das außereuropäische Ausland - nicht regelmäßig und sind davon abhängig, daß andere uns Material,Artikel usw. schicken. - Bei dem Angola-Artikel ist es so gelaufen, daß wir die Sache an sich für ziemlich wichtig finden und dazu was machen wollten, lange Zeit aber nicht richtig wußten, woher Informationen usw. zu bekommen sind und deshalb einen Artikel aus einer 3.Welt-Zeitung übernommen haben. Diesen Artikel fanden wir selbst nicht optimal, haben deshalb noch "Hintergrundmaterial" beigefügt und darauf gehofft, daß ein durch und durch kritischer Leser sich doch daraus einen Reim machen kann. Die heftige Reaktion aus Berlin haben wir verdient; wir hoffen nur, daß auch andere (zu anderen Ländern) sich zu Wort melden.
3) Wie der erste Artikel über Angola ist auch der Gegen-Artikel aus Berlin ziemlich lang. Wir drucken ihn trotzdem fast ganz ab.- Die Auslandsartikel des ID sind oft nur kurze Meldungen über alles Mögliche, was wieder an Horror in der Welt passiert ist. Wir sind mit dieser Berichterstattung nicht zufrieden.— Immer wieder bekommen wir Artikel über Lateinamerika oder Persien z.B., in denen etwas über aktuelle Repressionen drin steht, über die gesellschaftlichen Hintergründe nicht. Wir können auf der anderen Seite auch keine seitenlangen Einschätzungen über die jeweilige Situation an die aktuelle Nachricht anhängen, das würde über den Rahmen des ID hinausgehen. Zudem gibt es gerade zu Lateinamerika, Afrika usw. Zeitschriften, die darüber weiter informieren.
Was Angola betrifft, finden wir aber, daß wir an den Problemen, die sich dort stellen, wie ein unabhängiger Weg zum Sozialismus trotz äußerer Bedrohung und Devisenmangel und ohne Repression nach innen möglich ist, soviel lernen können, daß wir uns damit näher auseinandersetzen sollten.

GEGEN EINE NEUE DOLCHSTOSSLEGENDE — TEIL I

Luanda/Berlin August 77 "Es ist sicher richtig, daß die Situation in Angola zur Zeit sehr bedrohlich ist für dessen Unabhängigkeit(imperialistische Interventionspläne für den kommenden Winter). Den Putsch vom 27.Mai aber deshalb zu einem Dolchstoß zu erklären, verkehrt die Verhältnisse: die erste Voraussetzung dieser neuen Legende ist die Gleichsetzung von 'antiimperialistischem Kampf' und MPLA. Spätestens seit dem 27.5.77 müssen wir aber fragen dürfen, was 'die MPLA' denn eigentlich ist, ob es sie als solche Einheit überhaupt je gab. Wir wollen lieber nach den sozialen Inhalten des 'Antiimperialismus der MPLA' fragen, als mit Schlagwörtern vom 'antiimperialistischen Kampf' die Guten ('die MPLA') von den Bösen(die Putschisten) zu unterscheiden suchen. Wen repräsentiert die MPLA, wo hat sie ihre soziale Basis, ist dabei eine entscheidende Frage. Zuerst offenbarte der 27.Mai noch einmal den Graben, den die MPLA, seit sie die Volksmilizen 1975 entwaffnete, zwischen sich und die Volksmachtorgane zog. Er setzt sich bis in die Armee hinein fort. Auch bestätigen die Kämpfe am 27.5. noch einmal die Schwierigkeiten, die die MPLA damit bekommen hat, daß sie das in Angola wichtige Problem der strukturellen Unterschiedlichkeit zwischen Stadt und Land(Die Stadt beutet das Land aus) bisher nur über repressive Maßnahmen gegen das Land angegangen ist.
Es sind die Folgen der MPLA-Politik selbst, die die Stärke der MPLA zerstören und - was schlimmer ist - den Volkswiderstand gegen eine mögliche Invasion verhindern können. Denn ihre Stärke lag immer nur in ihrer Unterstützung durch verschiedene Teile der Bevölkerung, die sie inzwischen wohl verloren zu haben scheint. Auf diesem Hintergrund scheint eine effektive Verteidigung nach außen nur möglich durch eine verstärkte Repression nach innen.
Von all dem spricht der ID-Artikel nicht. Darüberhinaus verschweigt er noch bekannte Tatsachen, z.B. daß am Aufstand vom 27.5. neben militärischen Einheiten auch Teile der Bevölkerung in den Provinzen, die Slum-Bewohner von Luanda, die OMA(Frauenbewegung der MPLA), Teile der Jugendorganisation und der UNTA(Gewerkschaftsorganisation) beteiligt waren. Dies hätte Anlaß zum Nachdenken geben können. Stattdessen werden die Ursachen für den sozialen Konflikt, der (wieder) aufgebrochen war, und der tatsächlich stark militärische Züge trug, (das macht seine Denunziation so einfach) der geschickt aufgebauten Person Nito Alves' zugeschoben.
Nito Alves, dessen Person und politische Ausrichtung sich sicherlich dafür eignen, daß man ihn zum Putschisten par excellence aufbauen kann, mag der "militärische Kopf" des

Putsches gewesen sein. Er mag auch "rassistische Vorurteile" aus der Kolonialzeit angeheizt haben...Doch eine In-Frage-Stellung der Person von Alves' erklärt mitnichten die Unterstützung, auf die der Putsch vom 27.Mai in Teilen der Bevölkerung traf.– Um der Legendenbildung um Alves'Person und einem neuen Dolchstoß-Märchen entgegenzutreten, wollen wir kurz die Hintergründe des Aufstands aufschreiben:

DIE PODER POPULAR (VOLKSMACHT)

Die Volksmacht war im frühen Spätsommer 74 vor allem in Luanda entstanden, also zu einer Zeit, wo die Dekolonialisierung kurz vor der Türe zu stehen schien. Die Erfahrung der angolanischen muceques-Bewohner (das sind die Armenviertel von Luanda), daß die Dekolonialisierungsforderung in Portugal auch sehr stark von den Organen der Volksmacht gefordert wurde, hat das Entstehen der Poder Popular in Angola sicher wesentlich gestärkt. Konkreter Ausgangspunkt ihrer Entstehung aber waren die Überfälle, die damals faschistische weiße Gruppen auf eben die Armenviertel verübten. Die weißen Kommandotrupps erlagen dem Irrtum, mit der Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung der Slums entweder die MPLA zu treffen, oder aber durch die Schaffung einer Stimmung von Angst und Unsicherheit ein Sicherheitsbedürfnis zu wecken,das die Beendigung der blutigen Auseinandersetzung fordern würde, egal in welcher Form, und sei es unter weißer Vorherrschaft. Klar wurde, daß die weißen Kommandos dies nicht erreichten, auch die MPLA trafen sie nicht, konnten sie nicht treffen, weil die MPLA in den muceques gar nicht verankert war.
Was als Reaktion auf diese Überfälle entstand, waren die Anfänge der Volksmacht, die sich zuerst als Selbstverteidigungskommitees organisierten. Waffen wurden aus den Reihen der MPLA-Streitkräfte besorgt, durch Ausräumung von Waffengeschäften beschafft, aber auch vom Land aus der Umgebung Luandas geholt, alte Macheten, die die Dorfschmiede für die Verwandten in der Stadt zurechtmachten, damit diese sich schützen konnten. Die gesamte Bevölkerung der muceques bis hin zu den Kindern war in diesen Selbstverteidigungsprozeß mit einbezogen.

Aus diesen, in ihren Zielen begrenzten Kommitees entwikkelte sich die Volksmacht durch die sukzessive Übernahme neuer Aufgaben in ihrem Lebensbereich. Die Plätze, die die Portugiesen hinterließen, wenn sie nach Portugal flüchteten, wurden von den Kommitees und den gleichzeitig entstehenden Arbeiterkommissionen übernommen. Im Sommer 75 wurde ein guter Teil der Fabriken in Luanda von Arbeiterkommissionen verwaltet.

Um den jetzigen Konflikt in Angola zu verstehen, ist es einmal wichtig festzuhalten, daß die Volksmacht ohne Zutun der MPLA entstand, ja sogar zu einem Zeitpunkt am stärksten war, wo die MPLA selbst eine starke Krise durchmachte: Im Sommer 75 war die Bedrohung der MPLA auf militärischer Ebene äußerst massiv. UNITA und FNLA waren durch die dicke westliche und chinesische Unterstützung so stark, daß die MPLA gezwungen war, auf diplomatischer Ebene sich mit ihnen zu einem Kompromiß zusammenzusetzen (Waffenstillstand auf der Konferenz von Alvor, Januar 1975). Aber es handelte sich dabei nicht nur um eine militärische Schwäche der MPLA. Da die Vorschläge vonseiten der Vermittler (Portugal etc.) auf eine Koalitionsregierung aller drei Bewegungen hinausliefen, war wegen der dazu erwarteten Wahlen die Frage nach der Verankerung in der Bevölkerung sehr wichtig.

Auch die MPLA selbst ging davon aus, daß sie nicht mit der überwältigenden Mehrheit hätte rechnen können. Die Vorstellungen über die Entkolonialisierung, wie sie die MPLA hatte, hätten dann in Kompromissen verwässert werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Organe der Volksmacht die einzig sichtbare, starke antikapitalistische Bewegung in Angola, und die MPLA mußte versuchen, diese Bewegung zu integrieren, weil sie selbst einen antikapitalistischen Anspruch hatte. Der Mann, der diesen Versuch unternahm, war Nito Alves.

„Poder Popular ist das Volk; das Volk ist die MPLA" war die Parole der Zeit im Februar 1975. Und der legendäre Empfang, den die Bewohner Luandas Agostino Neto bereiteten, als er zum ersten Mal offiziell in Luanda einzog, vermittelt viel vom Erfolg dieses kurzfristigen Integrationsversuchs. Allerdings hielt diese Integration nicht lange vor. Die Organe der Volksmacht, wie sie in allen größeren Städten - allen voran Luanda - aus dem Boden schossen, waren von ihrer Kampfweise her eng an das Konzept der Guerilla und an den Städtekampf gebunden. Die massiven südafrikanischen Angriffe, die damals anfingen, waren darauf ausgerichtet, Territorium zu erobern. Die MPLA konnte sich so nicht nur auf die Poder Popular-Bewegung verlassen, sie beschloß, schnell eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Dies geschah mit der Unterstützung der Kubaner. Die Poder Popular nahm für die MPLA eine unwichtigere Stellung in ihrer Strategie ein, die militärische Lösung bekam den Vorrang. Die offizielle Linie der MPLA, die schon ursprünglich ein zentralistisches Konzept von Dekolonialisierung hatte, dominierte die dezentralistische Konzeption der Poder Popular. Die Poder Popular wurde als autonome Macht, die tendenziell bedrohlich wurde, begriffen, und die Volksmilizen entwaffnet. Die Reaktion darauf war bitter und rebellisch. In den Vorstädten weigerten sich viele, ihre Waffen abzugeben

Fünf Monate vorher noch hatten sich Tausende freiwillig zur Armee gemeldet. Jetzt mußte die MPLA Rekrutierungen zwangsweise vornehmen. Der soziale Charakter der FAPLA, die selbständige und selbstbestimmte Verteidigung, war mit der Entwaffnung der Milizen herausgesäubert worden. Der Zwang, an der Front kämpfen zu müssen, ohne es zu Hause zu dürfen, entmotivierte die Rekruten völlig.

Die Truppen, die in Luanda zusammengestellt wurden, um im Süden zu kämpfen, weigerten sich, an die Front zu gehen; das Ansehen, das die MPLA in Luanda genossen hatte, sank rapide.

Auch Teile der MPLA hielten mehr oder weniger zur Poder Popular-Position. Widersprüche zwischen der 'strategischen' Exil-MPLA und der 'sozialen' Inlands-MPLA hatte es schon länger gegeben.

Die Gegensätzlichkeiten zwischen dem leninistischen Konzept der MPLA-Mehrheit („demokratischer Sozialismus") und den Volksmachtorganenen blieb bis heute bestehen. Ein Moment des Aufstands vom 27. Mai ist die Fortsetzung des Widerstands der Poder Popular gegen die Repression durch die MPLA. Es ist schlicht unverschämt, wenn im ID die Slums zum „Operationsgebiet" der aufständischen Militärs degradiert werden, noch übler die dann folgende offizielle Lesart, daß Gebiet sei deshalb einige Tage für die MPLA unzugänglich geblieben, „da dort ein militärisches Vorgehen unvermeidbar viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert hätte". Damit wird unterschlagen, daß es gerade die 'Zivilbevölkerung' war, die sich zur Wehr setzte.

Der Kurs, den die MPLA nach der Unabhängigkeit einschlug (teilweise wurden die weißen (!) Fachleute, Portugiesen v.a., und gebildete Mischlinge in die Fabrikleitungen zurückgeholt/ eingesetzt), wandte sich auch gegen die Arbeiterkommissionen, nicht nur über deren Verdrängung durch die Weißen und ihre Auflösung durch die MPLA: den Auflösungen gingen Versuche der MPLA voraus, politische Kommissare und Verwaltungskader in den Fabriken einzusetzen, die die Kompetenzen der Arbeiterkommissionen erheblich beschnitten. Daß diese Kommissare in der Regel Mischlinge waren, ist ein Grund, warum

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID 196

Frankfurter Informationsdienst e.V
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abonnements | Bezahlt bis ID Nr. | Exemplare

3842 W

3

D-5000 KOELN 1

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Achtung, liebe Abonenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag

im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 27.5. immer wieder von 'scharzem Rassismus' gesprochen wird.

Das also ist ein wesentlicher Hintergrund der „dümlichen Kampagne gegen einige Mulatten, die wichtige Positionen innerhalb der MPLA-Führung innehatten", wie es im ID 188/189 so schön heißt.

Ein weiterer Punkt, an dem sich zeigt, daß die MPLA ihre Konzeption gegen die Volksmacht durchsetzte, war der Streik der Hafenarbeiter um höhere Löhne im Spätsommer 75. Nach fruchtlosen Versuchen, die Arbeiter zu einer 'nationalen Anstrengung' (d.h.: Verzicht auf ihre Forderungen) zu bewegen, beendete die MPLA ihn mit Hilfe der 'nationalen Streitkräfte'.

Dazu muß gesagt werden, daß die Art und Weise, in der die MPLA diesen Konflikt „löste", eng mit einem grundlegenden Problem angolanischer Politik zusammenhängt: Während des Befreiungskrieges hielt sich die Tendenz, soziale Probleme über die Selbstorganisierung der Betroffenen zu lösen, mit der Tendenz, sie mit der Zentralisierung von Macht bei der MPLA zu lösen, das Gleichgewicht. Der Streik der Hafenarbeiter und seine Niederschlagung wiesen schon damals darauf hin, daß der Versuch, soziale und wirtschaftliche Probleme durch Betonung der Zentralisierungstendenz zu lösen, die Überhand gewann. Zu allem kam noch, daß unter der katastrophalen Versorgungslage vor allem die Bevölkerung der muceques litt, nicht aber die MPLA-Kader."

JUGENDFEST IN LUXEMBURG

LUXEMBURG
21. September

„Wir sind ein Jugendverein aus Hesperingen (Luxemburg). Bis vor zwei Jahren organisierten wir unsere Freizeit in einem selbstverwalteten Jugendzentrum, ... bis die hiesige Gemeindeverwaltung unser Haus niederreißen ließ.

Seit einem Monat haben wir den Kampf wieder aufgenommen. Wir fordern einen Ersatz für das Haus und machen durch zahlreiche Aktivitäten auf uns aufmerksam.

Höhepunkt unseres diesjährigen Programms soll eine Festwoche vom 8. – 16. Oktober sein. Sie steht unter dem Motto „Jugend 77". Das provisorische Programm sieht folgendermassen aus:

Samstag, 8. Oktober:	Propaganda-Rallye mit anschließender Disco
Montag, 10. Okt.: (u. darauffolgende Tage)	Filme mit Diskussion betr. Jugendprobleme (Jugendarbeitslosigkeit, Jugendzentren, Selbstverwaltung usw.) Voraussichtlich auf dem Programm: Allein machen sie dich ein; Das geht uns alle an; Die Besetzung
Dienstag, 11. Okt.:	Diskussion Jugendpolitik in der Gemeinde Hesperingen
Donnerstag, 13. Okt.:	Diskussion Jugendzentren
Freitag, 14. Okt.:	Selbstdarstellung der in- und ausländischen Gruppen bei gemütlichem Zusammensein
Samstag, 15. Okt.:	Großes Abschlußfest. Musik. Gesang. Theater...

Gruppen oder Einzelleute, die bereits vor Freitags nach Luxemburg kommen und sich am Gelingen der Woche beteiligen, haben natürlich die Möglichkeit, sich an den Abenden vom 8. bis 13. Oktober zu „produzieren" (Musik, Theater, Beteiligung an den Diskussionen usw.).

Die ganze Zeit über funktioniert auch ein Zeltlager.

Wenn ihr selbst beim Fest mitmachen wollt, oder Gruppen, Organisationen, Leute kennt, die sich eventuell interessieren, wären wir froh, wenn ihr uns so schnell wie möglich Bescheid sagen würdet (Adressen zuschicken usw.), damit wir ein festes Programm aufstellen können.

Club des Jeunes Hespérange, c/o Jemp Weydert,
51, rue Demy Schlechter, BONNEVOIE